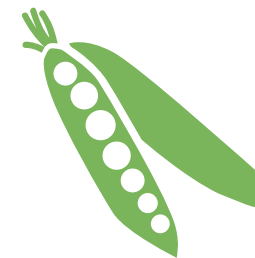




Stadt – Land – Essen

Wer ernährt in Zukunft die Städte?



Zukunft braucht gesunde Ernährung – auf dem Land und in der Stadt

Immer mehr Menschen ziehen vom Land in die Stadt – in der Hoffnung, dort Arbeit und ein besseres Leben zu finden. Doch oft endet ihr Traum in schlecht bezahlten und unsicheren Arbeitsverhältnissen und im Slum. Häufig reicht ihr Einkommen nicht aus, um gesunde Nahrungsmittel zu kaufen. Oder sie müssen so viele Stunden am Tag arbeiten, dass ihnen nicht genug Zeit bleibt, um aus frischen Zutaten eine gesunde Mahlzeit zuzubereiten. Nicht selten ernähren sie sich daher von fettem, süßem und nährstoffarmem Essen – ohne sich über die gesundheitlichen Folgen im Klaren zu sein.

Die großen Nahrungsmittelkonzerne bewerben besonders in Schwellen- und Entwicklungsländern importierte und stark verarbeitete Produkte – weil diese vermeintlich hochwertiger, moderner und gesünder sind als herkömmliche lokale Nahrungsmittel. Dabei enthalten lokal erzeugte Produkte oft sehr viel mehr Nährstoffe. Mehr als zwei Milliarden Menschen sind wegen Mangelernährung anfälliger für Krankheiten und weniger leistungsfähig. Sich gesund zu ernähren, ist für arme Menschen in Städten eine große Herausforderung, sind sie doch aufgrund fehlender Anbauflächen fast immer gezwungen, ihre Nahrung einzukaufen. Die weltweite Expansion der großen Supermarktketten macht das für sie immer schwerer und teurer – denn diese verdrängen oft informelle lokale Märkte, auf denen landwirtschaftliche Familienbetriebe aus dem Umland die Produkte anbieten, die den formalen Standards der großen Supermärkte bezüglich Größe oder Aussehen nicht genügen, doch schmackhaft und qualitativ gut und vor allem preiswert sind. Bei der Frage der Versorgung der Städte muss darum die Rolle der familienbetriebenen Landwirtschaft viel stärker anerkannt werden. Diese Betriebe produzieren heute weltweit etwa 80 Prozent der globalen Nahrungsmittel und ernähren somit zu einem großen Teil

auch die städtische Bevölkerung. Damit ihre Bürger in den Städten ausreichend und gut zu essen haben, müssen Regierungen den Austausch zwischen Städten und ländlichen Erzeugern, beispielsweise in Form von Ernährungsräten, sowie ganzjährig nutzbare Transportwege und Großmärkte besonders an den Rändern der Städte, wo viele der städtischen Armen leben, fördern.

Ansätze, wie sich die wachsende Stadtbevölkerung auch selbst ernähren kann, zeigen Beispiele der urbanen Landwirtschaft im globalen Süden. So gilt die Urban Gardening-Bewegung in Kuba als weltweites Vorbild ökologischer landwirtschaftlicher Erzeugung in Städten. Auch in südafrikanischen Townships ist diese Art des Anbaus weit verbreitet. Doch urbane Landwirtschaft allein kann die Städte nicht ernähren. Für eine gesunde und ausgewogene Ernährung braucht besonders die arme städtische Bevölkerung das Angebot regionaler Familienbetriebe. In ihren Bemühungen um eine gute Ernährung müssen die Regierungen sie mit sozialer Sicherung und Wissen über gesundes Essen unterstützen. Dazu gehört auch, dass die Menschen ihr Essen mit sauberem Trinkwasser zubereiten können.

Dafür dass Menschen sich auch in der Stadt ausreichend, gesund und vielfältig ernähren können, setzt sich Brot für die Welt gemeinsam mit seinen Partnerorganisationen auf der ganzen Welt ein. Der dauerhafte Zugang zu einem vielfältigen Angebot an gesunden Nahrungsmitteln ist Voraussetzung dafür. Wie dieser sichergestellt werden kann und welche Aspekte es bezüglich gesunder Ernährung in Städten zu beachten gilt, zeigen die Beiträge in dieser Publikation zum Schwerpunktthema der 56. bis 58. Aktion von Brot für die Welt. Denn auch für Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner gilt: Satt ist nicht genug!

Ihre

PfarrerIn Dr. h. c. Cornelia Füllkrug-Weitzel
Präsidentin Brot für die Welt

Inhalt

Wer ernährt in Zukunft die Städte? <i>Biraj Patnaik</i>	5	Doppelte Last: Warum Frauen von Mangelernährung und Armut in den Städten besonders betroffen sind <i>Carsta Neuenroth</i>	26
Nimmersatte Megastädte – Kann sich die regionale Versorgung gegenüber dem Globalisierungsdruck behaupten? <i>Bernhard Walter</i>	8	Armenviertel – Reichenviertel: Weshalb städtische Gesundheitsdienste für die gesamte Stadtbevölkerung sorgen müssen <i>Astrid Berner-Rodoreda</i>	29
Stadt-Land-Essen: Wie kommt die Nahrung in die Stadt? <i>Luise Steinwachs</i>	11	Konkurrierende Interessen – Wie kann die Wasserbewirtschaftung in der Stadt gerechter werden? <i>Andrea Müller-Frank</i>	32
Supermärkte vs. informelle Märkte – Wer gewinnt den Wettstreit um die Versorgung der Städte? <i>Francisco Mari</i>	14	Gutes Klima in der Stadt? Warum Klimamaßnahmen Gefahr laufen, soziale Ungleichheit zu zementieren <i>Eike Zaumseil</i>	36
Urbane Landwirte oder Hobbygärtner – Was steckt hinter dem Hype um Urban Gardening? <i>Stig Tanzmann</i>	18	Habitat III und die neue Stadtagenda – Ernährungsfragen spielen eine sichtbare Rolle <i>Tim Schneider</i>	38
Junk Food für alle: Lässt sich der Vormarsch von Zucker, Fett und leeren Kalorien im globalen Süden aufhalten? <i>Mareike Haase</i>	21	Brot für die Welt-Partner zeigen, wie es geht	40
Unterschätzte Armut in der Stadt – Was trägt der Staat dazu bei, dass die Menschen in der Stadt satt und gesund sind? <i>Nicola Wiebe</i>	24	Fazit	42
		Literatur	44

Wer ernährt in Zukunft die Städte?

Biraj Patnaik¹

In den vergangenen Jahrzehnten hat die Verstädterung weltweit rasant zugenommen. Dieser Urbanisierungsprozess rückt zwei zentrale Fragen ins Blickfeld: Wer wird unsere Städte in Zukunft mit Nahrung versorgen? In welchem Maße wird urbane Landwirtschaft dazu beitragen?

Aktuelle Zahlen belegen, dass der Großteil der Nahrungsmittel, die in den Städten gekauft und konsumiert werden, aus ländlichen Regionen stammt oder über globale Lieferketten und Importe beschafft wird. Die urbane Landwirtschaft, wenngleich kein neues Phänomen, nimmt in einigen entwickelten Ländern inzwischen bereits industrielle Züge an. In den meisten Entwicklungsländern ist urbane Landwirtschaft jedoch auf die Ebene der privaten Haushalte beschränkt. Ihre Befürworter argumentieren, dass in den Städten praktizierte Landwirtschaft das Potenzial dazu hat, nicht nur die Art und Weise, wie Nahrungsmittel angebaut werden, grundlegend zu verändern, sondern auch Esskulturen und Verbrauch zu beeinflussen. Dies führe schließlich zu gesünderen Ernährungsgewohnheiten und könne dazu beitragen, die Produktionsweise unserer Nahrungsmittel besser nachvollziehen zu können und wertzuschätzen. Die Skeptiker jedoch betonen, es sei geradezu eine Herkulesaufgabe, alle in den Städten benötigten Nahrungsmittel nachhaltig anzubauen. Industriell betriebene Landwirtschaft oder Dachgärten mit Hydrokulturen und anderen Technologien könnten bestenfalls einige wenige Lücken im städtischen Nahrungsmittelbedarf stopfen.

Doch gehen wir zunächst einen Schritt zurück und vergegenwärtigen wir uns die sich ausweitende Agrarkrise und den wachsenden Druck auf die Landflächen in den ländlichen Gegenden, die ja erst die Diskussion um die urbane Landwirtschaft ausgelöst haben. Wie die gut recherchierten Beiträge in diesem Band ausführen, besteht zwischen der Krise der (traditionellen) bäuerlichen Landwirtschaft und den Gefahren für die städtische Ernährungs- und Nahrungssicherheit ein unmittelbarer Zusammenhang: Private Unternehmen bemächtigen sich zunehmend der Nahrungsmittelproduktion und -versorgung und verdrängen die Erzeugnisse der Familienbetriebe aus dem Umland.

Auch der Anstieg der beiden Formen der Fehlernährung – Unterernährung und Fettsucht – liegt an dieser Entwicklung: Die sozialen Gemeinschaften haben die Kontrolle darüber verloren, was sie anbauen und konsumieren, während eine Handvoll Konzerne die Kontrolle über die Verteilungsketten übernommen hat.



Ein Junge bereitet in den engen Gassen eines Slumviertels in Bangalore Mahlzeiten zu und verkauft sie.

Durch die Übernahme der Saatgut- und Erzeugerindustrie durch die globalen Konzerne, durch genetisch veränderte Pflanzen sowie durch die Enteignung von Land und Ressourcen haben die ländlichen Gemeinschaften keine Souveränität mehr über die Nahrungsmittel und sind Menschen im schlimmsten Fall an den Rand des Hungers getrieben worden. Doch nicht nur die Produzenten und Produzentinnen sind von der Expansion der Konzerne betroffen, sondern auch die Verbraucher und Verbraucherinnen. Supermärkte und Lebensmittelkonzerne sorgen dafür, dass Junkfood und leere Kalorien billig zu haben sind und vorwiegend von der armen Bevölkerung konsumiert werden. Jegliche Diskussion über die Frage, wer unsere Städte zukünftig ernähren wird, muss diese Tatsachen mit berücksichtigen. Denn wenn urbane Landwirtschaft ausgeweitet werden soll, muss das Recht auf angemessene Nahrung und Ernährung anerkannt sein und muss urbane Landwirtschaft den Prinzipien der Agrarökologie und der Ernährungssouveränität folgen. Diese Prinzipien stehen im Zentrum der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Rückeroberung der Nahrungsmittelversorgung von den Konzernen. Tatsächlich produziert die arme städtische Bevölkerung teilweise ihre Nahrungsmittel in städtischen (Rand-)Gebieten. Der größte Teil der städtischen Produktion von Nahrungsmitteln findet



Am Rande der Stadt Jacmel auf Haiti betreiben die Menschen einen Gemeinschaftsgarten. Die Erträge aus dem Gemüsegarten und einer Geflügelzucht dienen zum Eigenverbrauch. Überschüsse können sie auf dem Markt verkaufen.

in Afrika und Asien immer noch auf kleinen Landparzellen in oder nah der Wohnung, auf staatlichem Land (Flussbecken oder Auen rund um die Städte), auf privat gepachtetem Land, in Hausgärten und auf halböffentlichem Grund statt. Dieser Anbau ist nicht notwendigerweise ökologisch nachhaltig oder folgt agrarökologischen Prinzipien, und es bestehen weiterhin Risiken für die Umwelt hinsichtlich der Nutzung von Abwässern, der Verschmutzung des in der urbanen Landwirtschaft genutzten Grundwassers durch industrielle Schadstoffe und Schwermetalle oder mögliche Bodenerosion. Dennoch ist es möglich, mit guter Planung, der Überarbeitung von Bauplanungsgesetzen und einer politischen Agenda zugunsten einer gerechteren Nahrungsmittelproduktion und -verteilung, eine urbane Landwirtschaftsarchitektur nach den Prinzipien der Agrarökologie zu gestalten. Indes haben sich industrielle Formen einer solchen Landwirtschaft, die sich die technologischen Fortschritte bei Hydrokulturen und die riesigen Flächen freier Dächer zunutze machen, in Metropolen wie New York bereits etabliert. Diese Technologien sind sehr energieintensiv, auf wenige Sorten beschränkt und die Produkte werden hauptsächlich über Supermärkte vertrieben. Sie sind bisher vorwiegend auf Megastädte in entwickelten Ländern beschränkt, könnten sich aber in Entwicklungsländern weiter verbreiten, da die Technologie immer kostengünstiger wird und die „Supermarktisierung“ in städtischen Zentren Einzug hält.

Mehr als die Hälfte der armen Bevölkerung wird im Jahr 2020 in Städten leben. Es ist daher geboten, die Architektur urbaner Landwirtschaft nicht nur aus der, durchaus wichtigen, ökonomischen Perspektive neu

zu denken, sondern auch in Bezug auf die Ernährungsweise, Nährstoffzufuhr und die Umwelt. Werden Herausforderungen wie Abwassermanagement, Kompostierung, biologischer Landbau und Umwelt integriert, dann könnte die urbane Landwirtschaft potenziell einen Beitrag zur Lösung von Problemen leisten, die die Städte heute – über die Sicherung der Ernährung hinaus – bewegen, etwa die Begrünung oder die positiven Einflüsse auf das Mikroklima. Programme an Schulen und Hochschulen wie Küchengärten nach dem Vorbild ländlicher Gegenden verändern dort, wo Land verfügbar ist, die Beziehung der Konsumenten und Konsumentinnen zu Lebensmitteln auf positive Weise. Diese Beziehung wird – insbesondere bei den Jugendlichen in den Städten – zunehmend kommerzialisiert. Wenn Menschen leichter an gesündere Lebensmittel kämen und von Supermärkten weniger abhängig wären, könnte sich ihre Ernährungssituation stark verbessern.

Um eine Vision urbaner Landwirtschaft Realität werden zu lassen, braucht es jedoch ein noch nie dagewesenes Maß an Planung über sektorale Grenzen hinweg, und zwar von Regierungen auf allen Ebenen, Gemeinden, Planern, Bürgervereinigungen, kleinen Unternehmen und Geschäften sowie urbanen Landwirten. Doch im Moment fehlt genau das. Stattdessen dominieren Konzerne und die industrielle Landwirtschaft weiterhin den politischen Diskurs im globalen Norden wie Süden.

Es ist darum dringend geboten, die globale Agrarkrise und den Verlust der Souveränität insbesondere kleiner und marginalisierter Bäuerinnen und Bauern in Entwicklungsländern über die natürlichen Ressourcen wie Land, Wasser, Saatgut und Betriebsmittel anzugehen.

Wir müssen der Übernahme der Landwirtschaft durch Konzerne entgegenwirken, um sicherzustellen, dass die Bauern und Bäuerinnen die Kontrolle über alle Elemente des Ernährungssektors wiedererlangen. Gleichzeitig muss das ungerechte Handelsregime korrigiert werden, das den entwickelten Ländern – allen voran den USA und der EU – weiterhin die Zahlung von Agrarsubventionen ermöglicht, was den Entwicklungsländern unter dem derzeitigen Regime der Welthandelsorganisation (WTO) verwehrt bleibt.

Der Abschluss der Doha-Runde auf der WTO-Ministerkonferenz in Nairobi (2015) war ein Rückschlag für die Entwicklungsländer und hat die „transatlantische Hegemonie“ der USA und der EU über den Welthandel wiederhergestellt. Eine Neuauflage des Agrarabkommens ist dringend notwendig, damit die Nationalstaaten wieder selbst über ihre Ernährungssicherungsprogramme entscheiden können.

Gleichzeitig kann der Kampf gegen Fettleibigkeit und nicht übertragbare Krankheiten, die die Gesundheit der armen Bevölkerung in unseren Städten zu beeinträchtigen drohen, nicht gewonnen werden, ohne die Übernahme auch der Verbraucherseite durch die Konzerne zu bremsen. Eine Drosselung der fortschreitenden

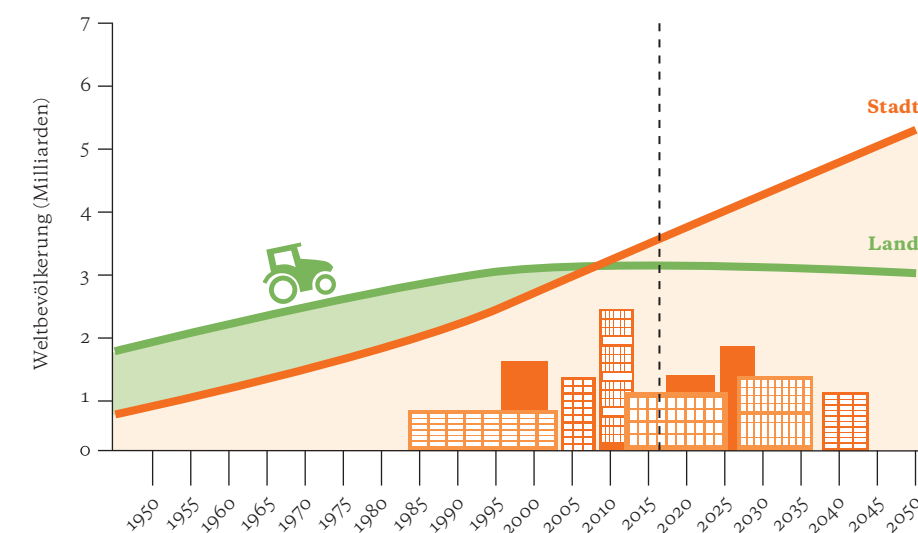
„Supermarktisierung“ in Entwicklungsländern sowie eine umfassende Besteuerung von zuckerhaltigen Getränken und anderen ungesunden Nahrungsmitteln wären zwei wichtige Schritte in diese Richtung. Dies muss allerdings durch die Entwicklung von nationalen „Farm-to-Plate“-Programmen flankiert werden, die den Erzeugeranteil an jedem vom Verbraucher gezahlten Dollar maximieren.

Staatliche Interventionen, die dem Aufbau öffentlich finanzierter Netzwerke zur Nahrungsmittelverteilung und -lagerung dienen und Verluste während des Transports reduzieren, öffentliche Lagerhaltungsprogramme zur Ernährungssicherung, Gesetze, die das Recht auf Nahrung und Ernährungssicherung garantieren und die Stärkung der Rechte von Kleinbauern – all dies sind Schritte, die Regierungen dringend ergreifen müssen, um Ernährungssouveränität sicherzustellen.

Diese Broschüre ein wichtiger Schritt, um den Dialog über die Ernährung unserer Städte anzuregen. Und dabei geht es nicht nur um die ferne Zukunft. Die Zukunft ist jetzt.

¹ **Biraj Patnaik** ist Chefberater des Sonderkommissars des Obersten Gerichtshofs für das Recht auf Nahrung in Indien. Die in diesem Beitrag vertretenen Ansichten sind persönlich.

Die Entwicklung der ländlichen und städtischen Weltbevölkerung im Vergleich von 1950 bis 2050



Von prognostizierten

9,6

Milliarden Menschen, die **2050** auf der Erde leben, werden

6,4

in Städten wohnen

Quelle: UN DESA 2015

Nimmersatte Megastädte – Kann sich die regionale Versorgung gegenüber dem Globalisierungsdruck behaupten?

Bernhard Walter

Insgesamt zählt die UN heute weltweit 28 Megastädte mit jeweils mehr als zehn Millionen Einwohnern. Im Jahr 2030 werden es 41 Megastädte sein. Gleichzeitig steigt auch die absolute Zahl der Menschen, die in Städten leben: Die Stadtbevölkerung könnte sich bis 2050 weltweit von heute knapp vier Milliarden auf dann 6,5 Milliarden Menschen vergrößern. Knapp 90 Prozent des Wachstums der urbanen Bevölkerung bis 2050 werden in Afrika und Asien erwartet (UN Population Division 2014). Während die Stadtbevölkerung wächst, schrumpft die Landbevölkerung. Die Ernährung der Megastädte mit ihren großen informellen Siedlungen zu sichern, ist eine riesige infrastrukturelle und logistische Herausforderung.

Um die Städter auf der ganzen Welt mit frischen Nahrungsmitteln zu versorgen, müssen diese in der Regel aus ländlichen Regionen direkt oder über Zwischenhändler und Großmärkte herangeschafft werden. Andere Nahrungsmittel werden – häufig saisonabhängig – regional oder international importiert. Ohne stetigen Nachschub kann in den Ballungszentren gerade einmal eine Versorgungssicherheit von drei Tagen gewährleistet werden. Streiks im Transportbereich weisen immer wieder darauf hin, wie prekär die Lage ist. Sie zeigen, wie schnell Supermarkttregale oder Tankstellen

in den Städten leer sind, wenn nicht ein kontinuierlicher Warenstrom garantiert werden kann. Schon in kürzester Zeit kommt es dann zu Plünderungen, Hamsterkäufen oder Unruhen. Daher ist es für die Ernährung der Menschen in den Städten entscheidend, wie der Handel und die Handelsströme organisiert sind.

Lagos in Nigeria, Manila auf den Philippinen oder Mumbai in Indien: Viele dieser Millionenstädte liegen verkehrsgünstig am Meer oder an großen Flüssen und können unkompliziert über den Weltmarkt versorgt werden. In Westafrika hängen die meisten Küstenmetropolen am Tropf der Importhäfen: Fleisch, Reis, Weizen und Gemüse aus Europa, Brasilien, Nordamerika strömen von dort in die Städte. Damit keine jedoch großen Abhängigkeiten vom Weltmarkt und den entsprechenden Preisschwankungen entstehen, kommt es auch darauf an, wie sich die Beziehungen zwischen den Metropolen und der näheren und weiteren ländlichen Region gestalten: Wie sind der einheimische Agrarsektor und die Infrastruktur aufgebaut? Wie sieht es mit Wertschöpfungsketten, mit Verarbeitungs- und Lagermöglichkeiten im Inland aus? In welchem Zustand sind die Straßen, wie hoch sind die nationalen Benzinpreise? Wird der ländliche Raum im jeweiligen Land vernachlässigt oder eher gefördert?



Direkt neben den Apartmenthäusern im Stadtteil Andheri in Mumbai leben Menschen in sehr armen Verhältnissen.

Öffnung der Märkte – Chance oder Gefahr?

Einheimische Getreidesorten wie Sorghum oder Hirse geraten in vielen Ländern des Südens immer mehr ins Hintertreffen, obwohl sie zu einer gesunden Ernährung beitragen können. Schuld an dieser Weltmarktabhängigkeit ist auch die jahrzehntelange Vernachlässigung des ländlichen Raumes, teilweise bedingt durch subventionierte Importe aus der EU und den USA, die einheimische Produkte von den Märkten verdrängen. In Südafrika zum Beispiel zeigt sich, dass durch Marktöffnungspolitik, Verstädterung und veränderte Verzehrgewohnheiten, zunehmende Außer-Haus-Verpflegung oder stärkere Berufstätigkeit der Frauen die Nachfrage nach leicht zuzubereitenden Lebensmitteln wie Brot und Backwaren aus Weizen stark zugenommen hat. (→ **Junk Food sowie Doppelte Last**) Obwohl Südafrika selbst Weizen produziert, ist der Import in den letzten Jahren stetig gestiegen. Das Land importiert aktuell 60 Prozent seines Bedarfs. Erst im August 2016 hat nun die Regierung die Importzölle erhöht, um die einheimische Produktion zu schützen. Die niederländische Rabobank schätzt jedoch, dass die Importe an Weizen durch afrikanische Länder südlich der Sahara insgesamt von 2015 bis zum Jahr 2025 um bis zu elf Millionen Tonnen auf mehr als 30 Millionen Tonnen zunehmen (Agrar-Europe Bonn 2016). Der überwiegende Teil davon wird aus Europa kommen, vor allem aus Frankreich.

Für den indischen Subkontinent sieht die Entwicklung anders aus. Zwar ist der indische Agrarhandel weltweit stark vernetzt, doch hauptsächlich exportiert Indien landwirtschaftliche Produkte und importiert weniger. Indien ist weltweit der siebtgrößte Agrarexporteur. Gleichzeitig haben die indischen Regierungen in den

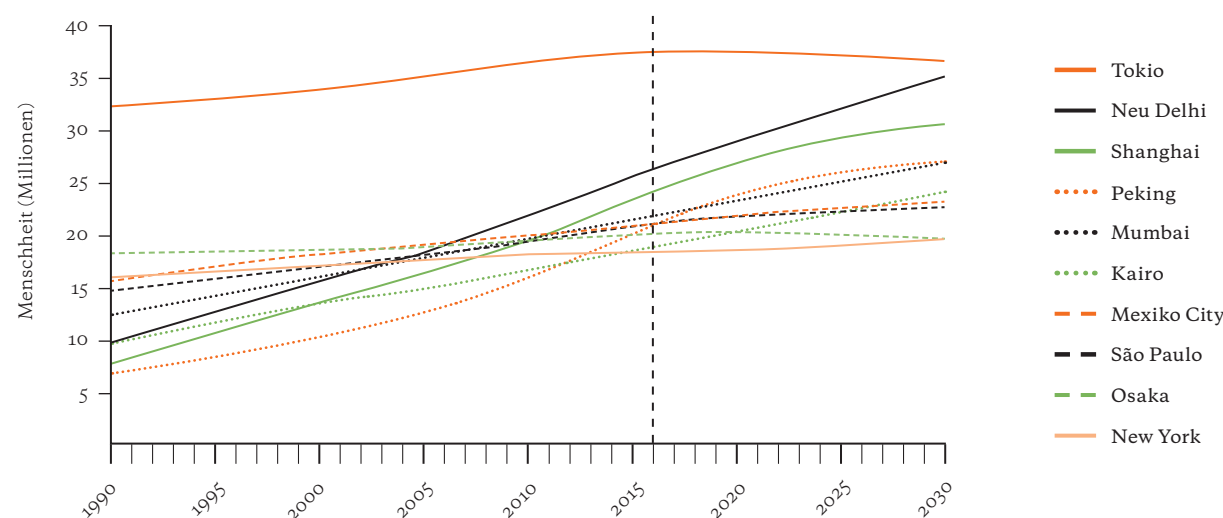
letzten Jahren – staatlich subventionierte – Nahrungsmittelreserven aufgebaut, damit die arme Bevölkerung mit einheimischen Nahrungsmitteln versorgt werden kann. (→ **Unterschätzte Armut in der Stadt**) Indien möchte sich nicht von Agrarimporten abhängig machen, um auch politisch handlungsfähig zu bleiben. Diese Haltung stützt den einheimischen Agrarsektor, ist aber gleichzeitig ebenfalls wichtigen Agrarexportationen wie den USA, Australien oder der EU ein Dorn im Auge. Über die WTO versuchen diese Länder zu erreichen, dass in Indien die Abgabe von preisgesenkten Nahrungsmitteln an arme Bevölkerungsgruppen nicht mehr praktiziert wird. Für viele WTO-Kritiker aus dem globalen Süden, so auch Biraj Patnaik von der „Right to Food Campaign“, stellt sich ohnehin die grundsätzliche Frage, ob die Welthandelsorganisation diejenige sein sollte, die darüber entscheidet, wie Indien in naher Zukunft seine Megastädte ernährt und das Recht auf Nahrung umsetzt, und nicht doch eher die indische Regierung.

Auch wenn es um Milch geht, setzt Indien auf den Schutz seiner Märkte und fördert – genauso wie Kenia – die Milchproduktion im eigenen Lande. Der indische Staat trägt so zur Existenzsicherung und Armutsbekämpfung der Menschen im ländlichen Raum bei. Ebenso zeigt das Beispiel des Embargos von Hühnerfleischimporten in Kamerun, dass die einheimische Agrarerzeugung gesteigert werden kann, wenn zum einen der ländliche Raum gestützt und gefördert wird und zum anderen Schutzmaßnahmen für die Inlandsmärkte ergriffen werden.

Die Versorgung der Städte – global, regional oder ein Mix aus beidem?

Bei der Versorgung der Stadtbewohnerinnen und -bewohner nehmen die großen weltweit agierenden Agrar- und Nahrungsmittelkonzerne immer mehr Einfluss. Sie haben ein starkes Interesse daran, dass die Versorgung mit Lebensmitteln noch stärker internationalisiert wird und streben weltweit gleiche Standards an, um Produkte in großen Mengen mit gleichbleibender Qualität jederzeit zur Verfügung zu haben. Für Getreide, Speiseöle oder Zucker ist diese Entwicklung bereits seit langem zu beobachten. Diese Produkte sind gut haltbar und gut weiterzuverarbeiten. Aber auch für leicht verderbliche Waren wie Gemüse und Obst nimmt der Handel in den letzten Jahren stark zu. Bohnen, Kartoffeln, Spargel, Äpfel oder Erdbeeren sind nun das ganze Jahr über in den globalen Zentren verfügbar, werden in Kenia, Peru, Chile, Südtirol oder den Niederlanden produziert. Mit großem Werbeaufwand werden sie weltweit über die globalen Supermarktketten vertrieben. Vor allem in den Millionenstädten in den Entwicklungs- und Schwellenländern vermitteln sie kaufkräftigen Verbrauchern das Gefühl, als Teil einer globalen modernen Konsumenten-

Wachstum der zehn größten Megastädte in Vergangenheit und Zukunft



Quelle: UN Population Division 2014

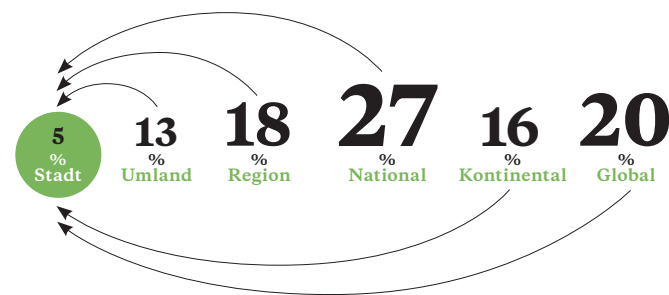
gemeinschaft jederzeit Zugang zu allen Produkten zu haben. Doch was den Konsumenten und Konsumentinnen in den Städten mehr Freiheit gibt, schränkt die Spielräume der Produzenten auf dem Land ein.

Inzwischen beschäftigen sich viele Menschen mit der Frage, welche Möglichkeiten der regionalen und lokalen Versorgung der Städte es gibt. Zu einem geringen Teil könnten sich die Städter selbst versorgen, zum Beispiel durch Anbau auf städtischen Brach- und Grünflächen, in den Gärten, auf Balkonen und Dächern. Urban Gardening bewegt Menschen derzeit in vielen Städten des globalen Nordens, sich wieder mehr dem privaten und öffentlichen Gartenbau zu widmen, ist aber in vielen Städten des Südens schon lange Teil einer urbanen Landwirtschaft, die zu ihrer Ernährungssicherheit beiträgt. (**→ Urbane Landwirte oder Hobbygärtner?**) Ausreichend für die Versorgung der städtischen Bevölkerung kann urbane Landwirtschaft jedoch nicht sein, weil nicht genug Flächen und Ressourcen in städtischen Ballungsräumen zur Verfügung stehen, um die wachsende Bevölkerung mit ökologisch angebauten Nahrungsmitteln und damit nachhaltig zu versorgen.

Was nicht auf globalen Transportwegen in die Städte gebracht wird oder in den Städten erzeugt wird, kann im direkten städtischen Umland (peri-urban) auf landwirtschaftlichen Anbauflächen erzeugt werden. Beispiele hierfür finden sich bereits bei dem Agrarwissenschaftler und Nationalökonom Johann Heinrich von Thünen, der sich im 18. Jahrhundert Gedanken gemacht hat, wie eine Stadt sinnvoll aus der Region versorgt werden könnte. Dabei waren schon damals optimale Landnutzung sowie die Transport- und Wegekosten (**→ Stadt-Land-Essen**) ausschlaggebend für die Frage, welche Produktionsart wie weit vom Zentrum der Stadt, wo der Markt war, entfernt sein darf (zum Beispiel Wald, Tierhaltung, Getreideanbau, Gemüse, Obst, Beerenanbau).

Damit sich die Versorgung mit regionalen Produkten gegenüber dem Globalisierungsdruck behaupten kann, ist es notwendig, dass die Landwirtschaft vielfältiger wird, um den geänderten Ernährungsmustern und Erwartungen Rechnung zu tragen. Es müssen verlässliche Liefer- und Wertschöpfungsketten aufgebaut werden, um die Nachfrage in den Städten und die Versorgung aus den ländlichen Regionen zu verbinden. Dabei muss gewährleistet sein, dass die Landwirte und insbesondere kleinbäuerliche Familienbetriebe entlang der Liefer- und Wertschöpfungsketten aktiv eingebunden sind und sie kostendeckende Preise für ihre Produkte bekommen, die auch Investitionen ermöglichen. Viele Untersuchungen zeigen aber, dass insbesondere kleinbäuerliche Produktion das schwächste Glied in der Kette ist und die Nahrungsmittelkonzerne die Bauern

Herkunft der Nahrungsmittel, die in der Stadt durchschnittlich verzehrt werden



Quelle: FAO/ISU 2015a

ausspielen, indem sie dort einkaufen, wo sie die Waren am günstigsten bekommen. Außerdem können viele kleinbäuerliche Betriebe die Standards nicht erfüllen, die durch Supermärkte gesetzt werden. (**→ Supermärkte vs. informelle Märkte**) Eine wichtige Voraussetzung für die Versorgung der Städte aus dem nahen und näheren Umfeld ist, sicherzustellen, dass ausreichende Kapazitäten für die Lagerung, die Verarbeitung und den Transport von bezahlbaren, gesunden und nahrhaften Nahrungsmitteln zur Verfügung stehen. (**→ Stadt-Land-Essen**) Nahrungsmittelverluste und -verschwendung müssen minimiert werden. Umgekehrt muss auch sichergestellt werden, dass der Nährstoffkreislauf funktioniert, das heißt die menschlichen Exkremente, die in den Städten anfallen, müssen als wichtige Nährstoffquelle in Form von organischem Dünger wieder der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden.

Liegt die Lösung zur Ernährung der Stadtbevölkerungen in der regionalen Versorgung? Für die Versorgung der Städte wird es in Zukunft wahrscheinlich ein Mix von globalen und regionalen Handelsbeziehungen geben. Grundvoraussetzung sind ländliche Räume, die attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung bieten. Armut, soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten zwischen städtischen und ländlichen Räumen müssen deshalb verringert und funktionierende Stadt-Land-Beziehungen etabliert werden. Die überaus wichtige Rolle von Frauen und jungen Menschen für lebendige ländliche Räume muss anerkannt und angemessen vergütet werden. Ländlicher Strukturwandel muss von sorgfältiger Planung und Steuerung begleitet werden, damit sich Menschen für ein Leben im ländlichen Raum entscheiden. Dies ist auch eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung der Landwirtschaft und die Sicherstellung der Nahrungsmittelproduktion. Ländliche Räume müssen eine gute Lebensqualität bieten, um die Landflucht und den Migrationsdruck auf die Städte zu verringern. Gleichzeitig muss das Recht auf Nahrung auch in der Stadt entsprechend umgesetzt werden.

Stadt – Land – Essen: Wie kommt die Nahrung in die Stadt?

Luise Steinwachs

Städtische Räume sind keine mehr oder weniger in sich geschlossenen ökonomischen und sozialen Einheiten. Dies zeigt sich besonders deutlich an der Tatsache, dass Nahrungsmittel nicht ausreichend in Städten produziert werden können, um die städtische Bevölkerung zu ernähren. Ansätze wie Urban Gardening und urbane Landwirtschaft spielen zwar vor allem für in Armut lebende städtische Bevölkerung als Teil ihrer Grundversorgung eine wichtige Rolle, können aber insgesamt nur ergänzend zur Versorgung durch ländliche Erzeuger wirken. Städte werden gegenwärtig noch immer mehrheitlich durch ländliche Nahrungsmittelproduktion versorgt, auch wenn der Anteil der industriell produzierten und durch Nahrungsmittelkonzerne verarbeiteten Nahrungsmittel zunimmt.

Die Verflechtung des ländlichen mit dem städtischen Raum entsteht bereits dadurch, dass die meisten Menschen ihr Leben nicht nur in oder nur außerhalb von Städten verbringen. Die Verbindungen und damit die Integration von Land und Stadt sind vielfältig.

Häufig leben Menschen vor allem in Ländern des globalen Südens in unterschiedlichen biografischen Phasen (Kindheit, Ausbildung, Arbeit, Alter) auf dem Land oder in der Stadt. Sie können aber auch sowohl auf dem Land als auch in der Stadt sozial eingebunden sein. Stadtbewohnerinnen und -bewohner besuchen sich, reisen übers Land, versorgen sich bei ländlicher

Verwandtschaft und müssen bedingt durch äußere Faktoren wie die Suche nach Arbeit und Einkommen flexibel sein. Genauso wandern Menschen vom Land in die Städte ab, vernetzen sich und finden Einkommensmöglichkeiten häufig in demselben informellen Kontext wie andere, die schon vor ihnen in die Stadt gezogen sind. Urbane Räume bieten vergleichsweise mehr Möglichkeiten für ein formales Einkommen als ländliche Gegenden und damit größere Stabilität für individuelle Lebensentwürfe. Typisch in vielen Biografien im globalen Süden ist – nach der Beendigung eines formalen Arbeitslebens in der Stadt – die Rückkehr in ländliche Regionen.

Die Rückkehr aufs Land wird häufig langfristig vorbereitet durch Besuche, Geschenke oder den Bau eines Wohnhauses. Wenn ein monetäres Einkommen in Form einer formalen Altersversorgung vorliegt, wird dieses oft in ein breiteres soziales Netzwerk eingespeist. Wichtiger Teil translokaler Beziehungen ist die Ressource Land. Insbesondere Frauen, die in der Stadt wohnen, bessern ihre Versorgung im Alter auf, indem sie immer wieder aufs Land fahren, um saisonal Landwirtschaft zu betreiben. In Botswana betreibt die Hälfte der städtischen Bevölkerung mit niedrigem Einkommen Tierhaltung in ländlichen Gegenden oder bewirtschaftet dort Land (Cohen/Garrett 2009). Neben der (zeitweisen) Bewirtschaftung von Land auch durch die städtische Verwandtschaft (zum Teil durch bezahlte Arbeitskräfte), stabilisiert häufig auch der Austausch von Gütern die translokalen Beziehungen in Ländern des globalen Südens. Lebensmittel, die in Städten kostengünstiger sind, vor allem industriell hergestellte Lebensmittel (Tomatensauce, Softdrinks, Alkoholika) und andere Alltagsbedarfe werden dort gekauft und per Bus oder bei Besuchen in ländliche Regionen transportiert. Die städtische Familie bezieht wiederum Obst und Gemüse von der Verwandtschaft auf dem Land. Doch diese engen sozialen Beziehungen, die für Ernährungssicherheit wichtig sein können, sind für sehr arme städtische Bevölkerungsgruppen schwierig zu pflegen, da sie Transportkosten beinhalten, die häufig nicht aufzubringen sind (Tawodzera 2013).

Zugang und Transport von Nahrungsmitteln

Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner sind zum großen Teil auf das Kaufen von Nahrungsmitteln angewiesen. Daher bestimmen neben Geschmack und Wissen über Ernährung vor allem ihr Einkommen und die Preise darüber, was sie essen. Hinzu kommen die Entfernung zu Supermärkten und offenen Märkten sowie die Kosten für den Transport dorthin. So können



Auf dem Pickup werden diese Watussirinder in die togolesische Hauptstadt Lomé transportiert.

zum Beispiel kostengünstige Beschaffungsmöglichkeiten wie lokale Märkte zu weit oder schwierig erreichbar oder naheliegende Einkaufsmöglichkeiten wie Supermärkte nicht bezahlbar sein. Die Abhängigkeit von knappen finanziellen Mitteln zwingt Menschen, die arm sind, deshalb häufig dazu, kostengünstiges Essen mit einem niedrigen Ernährungswert und hohen Anteilen an Fett, Zucker, Salz und Ergänzungen zu kaufen, was zu Mangelernährung, Übergewicht und anderen Beeinträchtigungen führen kann. (→ **Junk Food**)

Urbane Landwirtschaft kann nicht wesentlich zur Ernährungssicherheit von städtischen Haushalten beitragen. Sie ist zwar in der Lage, nahrhafte und frische Nahrung zu produzieren, zielt aber nicht auf systemische Ursachen von urbaner Ernährungsunsicherheit. Auch ist es quantitativ nicht abzusehen, dass sich die städtische Bevölkerung durch eigene Produktion vollständig ernähren wird. Städte müssen mehr für die Ernährungssicherheit tun, als die ärmste Bevölkerung zu motivieren, ihr Essen selbst zu produzieren. Es geht darum, ein integriertes System über ländliche und städtische Räume zu fördern, welches auch ärmeren Menschen Zugänge ermöglicht. Insbesondere für Menschen mit niedrigem und unregelmäßigem Einkommen ist es wichtig, dass kleine und damit bezahlbare Mengen von Nahrungsmitteln nicht weit entfernt von ihrem Wohnort angeboten werden. Gleichzeitig kreieren informelle Versorgungssysteme mit Nahrungsmitteln eine große Zahl an Einkommensmöglichkeiten für Menschen, die im Transport, Handel und in der Vermarktung beschäftigt sind. Zum Beispiel stellt der Straßenhandel 15 Prozent der gesamten städtischen Beschäftigten in Südafrika, 67 Prozent von ihnen verkaufen Nahrungsmittel (FAO 2015a).

Investieren in bessere Versorgungsketten

Die Versorgung von Städten mit Nahrungsmitteln umfasst eine lange Kette von Etappen: von der Produktion und möglicher Zwischenverarbeitung über die Lagerung, den Transport, die Weiterverarbeitung, den Großhandel und den Einzelhandel durch Läden, Straßenverkauf, formale und informelle Märkte, Restaurants, Snack Bars, Supermärkte und andere. Dabei können sowohl Händler und Händlerinnen als auch Produzenten und Produzentinnen und Transporteur in Gemeinschaften organisiert sein. Gerade Transportgemeinschaften können das gemeinsame Mieten größerer Autos wie LKWs ermöglichen. Zwischenhändler können innerhalb dieser Kette auch als Direktverkäufer großer Mengen am Produktionsort eine Rolle spielen. Viele dieser Etappen werden durch Instanzen wie die Stadtverwaltung, Ministerien (Landwirtschaft, Transport) oder regionale Behörden zum Beispiel für

Lebensmittelvermarktung reguliert und durch Subventionen, Handelsregeln, Infrastruktur und Geschäftsnormen beeinflusst. Akteure in Beziehungen einzubinden, die auf Vertrauen, guten Erfahrungen und eventuell sogar persönlicher Bekanntschaft basieren, ist ein wichtiger Aspekt dieses komplexen Systems.

Transportwege und -mittel sind entscheidende Faktoren dafür, ob Lebensmittel – insbesondere verderbliche – rechtzeitig geliefert werden. Neben Fahrrädern, Motorrädern und Transport auf Bussen für kleinere Mengen spielen insbesondere LKWs eine Rolle, wenn es um große Mengen und große Distanzen für den Transport weniger verderblicher Lebensmittel wie Getreide geht. Dagegen bietet der stadtnahe Anbau von Nahrungsmitteln den Vorteil, dass weniger Stadtverkehr aufkommt und weitere Umweltschädigungen vermieden werden. Das Bereitstellen von Kühlung beziehungsweise der Transport von Gefriergut beispielsweise für die Belieferung von Supermärkten spielt eine entscheidende Rolle für die Qualität des Liefergutes. Derzeit verderben oder werden jährlich global verschwendet: 30 Prozent Getreide, 40 bis 50 Prozent Hackfrüchte wie Kartoffeln, Obst und Gemüse, 20 Prozent Ölsaaten, Fleisch und Milchprodukte, 30 Prozent Fisch (FAO 2011). Eine verbesserte Infrastruktur einschließlich des Zugangs zu sauberem transportablem Wasser, Kühlmöglichkeiten und angepasster Verpackung und Lagerung sind entscheidende Faktoren, die durch die zuständigen Behörden und staatlichen Institutionen gefördert werden müssen. Wegen dieser Unwägbarkeiten werden verderbliche Güter vorzugsweise in Stadtnähe beziehungsweise in städtischen Randgebieten angebaut, wodurch ein schneller und kurzer Transport angestrebt wird. Gleichzeitig stehen diese Flächen häufig nicht für die Produktion von Nahrungsmitteln durch Kleinproduzenten und Kleinproduzentinnen zur Verfügung; vielmehr werden stadtnahe Ländereien sehr oft von Agrarunternehmen für Exportgüter und die Futtermittelproduktion genutzt.

Markt 2.0

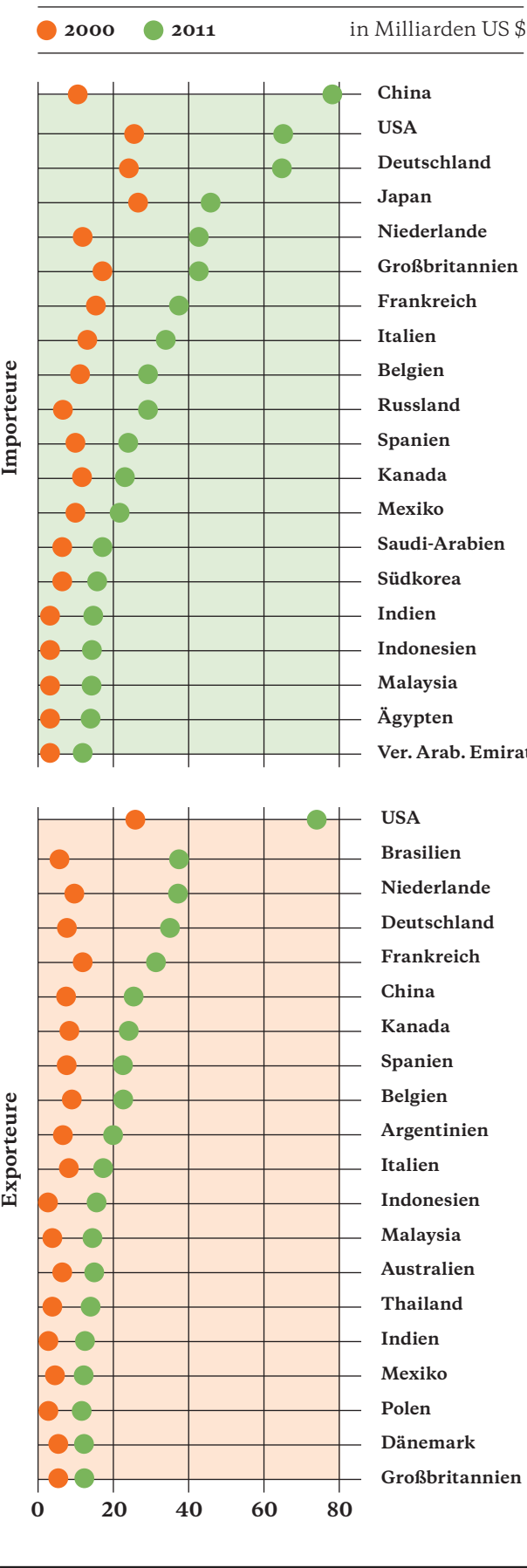
Die Versorgung städtischer Bevölkerung mit Nahrungsmitteln erfolgt, wie geschildert, über mindestens vier verschiedene Zugänge: die Versorgung durch auf dem Land lebende Verwandtschaft oder andere soziale Beziehungen; den eigenen Anbau im städtischen Kontext; informelle Systeme der Nahrungsmittelverteilung einschließlich der informellen Märkte und schließlich das kommerziell orientierte Versorgungssystem. Der Anteil der Supermärkte an der städtischen Versorgung wächst global. In Argentinien, Brasilien, Chile, Korea und Taiwan stieg der Marktanteil von Supermärkten von zehn bis 20 Prozent in 1990 auf 50 bis 60 Prozent in den frühen 2000er Jahren; im Großraum des britischen

Manchester dominieren sogar vier Supermarktketten 75 Prozent den gesamten Nahrungsmittelmarkts (FAO 2015a). Wenige große und miteinander konkurrierende lokale und internationale Unternehmen kämpfen um die Kontrolle und den Profit aus möglichst allen Schritten der Versorgungskette „vom Acker auf die Gabel“. Der Anteil an Fleisch, Fleischprodukten, Milchprodukten und verarbeiteten Nahrungsmitteln ist dabei hoch. Gefriergestützte Versorgungsketten machen Städte dabei unabhängiger von der ländlichen Versorgung. Viele Produkte sollen ganzjährig vorhanden sein und werden aus verschiedenen Ländern je nach saisonaler Verfügbarkeit importiert. In Großbritannien wird die Hälfte der Nahrungsmittel eingeführt – 30 Prozent aus Europa und 20 Prozent aus anderen Ländern (FAO 2015a). Dabei besteht auch hier eine enge Verbindung von ländlicher Produktion und städtischer Versorgung, wenn etwa die gleiche Frucht aus Granada, Indonesien, Malaysia oder Sansibar importiert wird. Sie kommt aus ländlicher Produktion, wenn auch nicht aus regionaler.

Dass immer mehr Produkte importiert werden, lässt die Frage nach den Absatzmöglichkeiten für lokale Kleinbauernfamilien und ihre Erzeugnisse dringlich werden – außer der Integration in die Supermarketisierung beziehungsweise dem vollständigen Herausfallen aus dem städtischen Versorgungssystem. (→ **Supermärkte vs. informelle Märkte**) Gleichzeitig kaufen beispielsweise in Indonesien drei Viertel der städtischen Bevölkerung zwar in Supermärkten Grundnahrungsmittel ein, mit lokalen und frischen Produkten versorgt sie sich aber auf lokalen Märkten und bei informellen Händlern und Händlerinnen.

Dass Menschen ausreichend und qualitativ gut zu essen haben, wird unmittelbar davon bestimmt, ob informelle Märkte und Transportnetzwerke vorhanden sind, die akzeptiert, erhalten und staatlich gefördert werden. Dies zu garantieren, muss durch administrative Einheiten, Behörden und auch Polizei geleistet werden. Städtische Versorgungssysteme müssen öffentlich gefördert und stabilisiert werden, beispielsweise durch die Unterstützung von Bauernmärkten in Gegenden mit armer Bevölkerung, durch Förderung lokaler Produktion, die Bereitstellung von Mikrokrediten und anderen passenden Finanzinstrumenten für lokale Händler und Händlerinnen, um gute Voraussetzungen für eine bessere Hygiene und sichere Lagerung ihren Waren zu schaffen. Ernährungssicherheit für die städtische Bevölkerung muss in diesem Sinne auch als ein Bestandteil sozialer Sicherungssysteme verstanden und bereitgestellt werden. (→ **Unterschätzte Armut in der Stadt**)

Hauptnahrungsmittelimporteure und -exporteure im Vergleich: Jahre 2000 und 2011



Quelle: FAO 2014c

Supermärkte vs. informelle Märkte – Wer gewinnt den Wettstreit um die Versorgung der Städte?

Francisco Marí

Noch findet man sie, die hübschen bunten Märkte mit einer großen Auswahl an Obst, Gemüse, Fisch, Fleisch und anderen Produkten aus bäuerlicher Produktion. Sie versorgen viele Städte in Entwicklungs- und Schwellenländern. Millionen von Kleinhändlern und Kleinhändlerinnen bieten die Erzeugnisse von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen an. Besonders in Asien werden aus den frischen Nahrungsmitteln in unzähligen Garküchen gesunde Mahlzeiten gekocht. So sichert die gesamte Kette der Nahrungsproduktion und Verteilung vielen Menschen Einkommen und günstigen Zugang zu erschwinglichen Nahrungsmitteln. Doch seit Jahren verändert sich diese Form der Versorgung mit Lebensmitteln in den Großstädten, aber auch in mittleren urbanen Zentren – Motor der Veränderung sind die Supermarktmultis und nationalen Supermarktketten.

Gemeinsam mit den Stadtverwaltungen wollen die internationalen und nationalen Supermarktketten informelle Märkte abschaffen. Sie argumentieren damit, dass Supermärkte die Lebensmittelsicherheit verbessern, ein breites Angebot an Lebensmitteln und ihre ständige Verfügbarkeit garantieren können – und das zu möglichst günstigen Preisen. Dies würde auch der ärmsten städtischen Bevölkerung zum Vorteil gereichen. Doch das geht an der Realität vorbei.

„Supermärkte zu den Armen“

Die Expansion der internationalen Supermarktkonzerne scheint unaufhaltsam zu sein. Sie haben bereits erhebliche Auslandsinvestitionen getätigt und konzentrierten sich mit Erfolg auf die Staaten, in denen die urbanen Mittelschichten und ihre Kaufkraft wachsen. Vor allem in Südostasien, Osteuropa, Süd- und Mittelamerika nahm der Anteil der Supermärkte an den Lebensmittelmärkten rapide zu. In Ländern, in denen der Anteil der Supermärkte am gesamten Lebensmittelmarkt unter fünf Prozent lag, wuchs dieser innerhalb von zehn Jahren rasant auf 30 bis 50 Prozent. In Chile, China, Indien oder in Südafrika entstanden nationale Supermarktketten, die der Eroberung durch ausländische Konzerne teilweise zuvorkamen, weil sie deren System erfolgreich kopierten. In einigen Ländern Südamerikas haben Supermärkte mittlerweile Marktanteile errungen, die sich mit denen in den Industrieländern vergleichen lassen, beispielsweise in Chile, Argentinien und Uruguay. Ähnliches gilt auch für asiatische Länder wie Taiwan, Thailand und Südkorea. Selbst in Süd- und Ostafrika schreitet die Expansion von Supermarktketten schnell voran, befindet sich aber noch in den Anfängen.



Direkt neben den Marktständen der lokalen Bäuerinnen und Bauern werben in Lomé/Togo Großflächenplakate für angereicherte Importprodukte.

Die Supermärkte konzentrieren sich nicht nur auf die Hauptstädte Asiens, Lateinamerikas oder Afrikas mit den dortigen Einkommenseliten. Sie breiten sich nach und nach auch in mittleren Städten und in den städtischen Wohnbezirken der Armen aus. Ein klarer Trend zeichnet sich ab: „Supermärkte zu den Armen“.

Supermärkte werden so zu Trendsettern für die gesamte nationale und internationale Lebensmittelvermarktung. Dabei bedienen sie sich in Ländern des globalen Südens eines abgestuften Systems von zentraler Beschaffung und Logistik mit dezentralen Verkaufsstellen. In Ostafrika versorgen sie die armen Wohnviertel durch sogenannte „Convenience Stores“ (Kioske). Das sind kleine lokale Verkaufsstellen in der Nachbarschaft mit einem sehr begrenzten Warenangebot, angepasst an Kaufkraft und Konsumgewohnheiten der Menschen in der direkten Umgebung.

Die Verbreitung von Supermärkten basiert auf einem Kapital- und Technologietransfer (ausländische Direktinvestitionen) durch die internationalen Supermarktkonzerne. Die Verträge der Welthandelsorganisation zur Liberalisierung der Investitionen (TRIMS) und des Dienstleistungssektors (GATS) waren dafür wichtig. Die vielen neu abgeschlossenen bilateralen Handelsabkommen der Europäischen Union erlauben zusätzliche Marktzugänge. Die deutschen Direktinvestitionen in ausländische Niederlassungen der Supermarktkonzerne genießen außerdem den Schutz durch bilaterale Investitionsschutzabkommen der Bundesrepublik mit Gaststaaten (über 170 abgeschlossene Investitionsschutzabkommen) und den Schutz durch das mächtige Weltbank-Schiedsverfahren International Centre for

Settlement of Investment Disputes (ICSID). Diese internationalen Instrumente dienen dazu, die Niederlassungsfreiheit ausländischer Konzerne in einem anderen Land zu erleichtern und lassen die Gastländer davor zurückschrecken, Tätigkeiten der Konzerne beschränken zu wollen. Das GATS-Abkommen der WTO funktioniert nach dem Prinzip von „Forderung und Angebot“ zwischen Staaten, etwa in diesem Sinne: „Ich will Zugang zu deinem Einzelhandelsmarkt, und im Gegenzug biete ich dir Zugang zu meinem Softwaremarkt“. Die EU hat im GATS-Ausschuss bei der WTO von 60 Ländern freien Zugang zu deren Einzelhandelsmärkten gefordert, unter anderem 2002 von Thailand. Das Land wollte zuerst ausländische Supermärkte nur 15 Kilometer außerhalb der Stadtzentren zulassen, um die klein- und mittelständische Ladenstruktur in den Stadtzentren zu erhalten. Auf massiven Druck vonseiten der Unterhändler bei der WTO musste Thailand diese Einschränkung fallen lassen. Heute hält Thailand einen der höchsten Supermarktanteile in Asien.

Kein Platz mehr für informelle Märkte?

Die sogenannte Supermarktrevolution ist kein Ausdruck der Nachfrage von Verbrauchern und Verbraucherinnen. Sie wurde vielmehr gefördert und erzwungen, um die Profite der Nahrungsmultis auch mit den kargen Beiträgen der Ärmsten zu mehren (vgl. Buntzel/Marí 2015).

Stadtverwaltungen haben dabei, wie auch in Deutschland und Europa, eine unrühmliche Rolle gespielt. Trotz überall ausbrechender Proteste von Kleinhändlern, alleine in Indonesien sind es über 13 Millionen Menschen, gewähren sie den nationalen und internationalen Ketten Steuererleichterungen und Genehmigungen für neue Standorte. Damit sich die Investitionen der Supermarktketten lohnen, werden informelle Märkte entweder gewaltsam aus dem Stadtbild verdrängt oder mit massiven Restriktionen belangt. Soziale Verwerfungen werden dabei in Kauf genommen. Der Verlust von Millionen von Arbeitsplätzen in der Kette der Nahrungsmittelverteilung ist enorm und wird bei weitem nicht durch neue Arbeitsplätze aufgefangen. Die Supermärkte übernehmen die durchrationalisierten Systeme ihrer Mutterländer oder werden in Entwicklungsländern kopiert. Verarbeitete Produkte werden oftmals importiert.

Nicht nur städtische Armut wird durch die Verdrängung des Kleinhandels in den Städten gefördert. Auch die Versorgung der ärmsten Bevölkerung mit erschwinglichen Nahrungsmitteln wird immer schwieriger. Größen und Mengen in den Supermärkten entsprechen nicht deren Kaufkraft. Die Supermärkte kaufen nur die besten Qualitäten einer Ernte auf. Was im Geschmack gut, aber in Größe und Aussehen abweicht und damit nicht



Supermarkt der Kette Carrefour in Mexiko



Rosabeth Rivero ist Busunternehmerin und führt einen Reis-handel auf Palawan, Philippinen.

den Standards der Supermärkte entspricht, konnte bislang billiger an ärmere Menschen abgegeben werden. Sogenannte Nachernteverluste, also was auf dem Weg zu den Konsumenten beispielsweise durch fehlende Kühlung oder Transportmöglichkeit verloren geht, wurden so bisher minimiert. Das fällt durch das Vordringen der Supermärkte weg. Auch die Auswirkungen auf die kleinbäuerliche Produktion sind fatal. Denn Supermarktketten bevorzugen es, von wenigen kommerziellen großen und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben ihre lokalen Waren zu beziehen. Kleinbauern und Kleinbäuerinnen können die gesetzten Bedingungen und Standards meist nicht erfüllen. Diese variieren und verlangen etwa nach Bewässerungsanlagen, eigenen Verpackungs- und Lagerräumen, dokumentierter Pestizidbenutzung, Hygienestandards wie Sanitäranlagen, einer bestimmten Produktqualität und -menge und nach Transport zum Supermarkt oder dessen Sammelstellen. (→ **Stadt-Land-Essen**) Wer auf weniger als zwei Hektar Anbaufläche überwiegend Gemüse für den Eigenbedarf produziert und den Überschuss an informelle Händler oder auf städtischen Märkten selbst verkauft, kann solcherlei Ansprüche nicht erfüllen. Dafür wären Investitionskosten vonnöten, die sich, wenn überhaupt, erst nach Jahren amortisieren würden.

Vertrauen ist wichtiger als Standardprogramme

Die Lieferbeziehungen für die meist frischen Produkte auf informellen Märkten basieren größtenteils auf persönlichem Vertrauen. Die Kundin kennt ihren Verkäufer am Marktstand, dieser den Zwischenhändler im

Großmarkt und letzterer die Bauern und Bäuerinnen, die ihre Produkte auf den Markt bringen wollen. In kleineren Städten, besonders in Afrika, sind es die Kleinbauernfamilien selber oder Familienangehörige, die an einem Tag in der Woche ihre Waren an Ständen anbieten. Auch Zwischenhändler bedienen sich dort, um in Erntezeiten die Waren in die größeren Städte zu transportieren. Der große Vorteil: Alle Qualitäten einer Ernte können angeboten werden und finden zu unterschiedlichen Preisen ihre Kundinnen. Die Standards in solchen auf persönliche Lieferbeziehungen aufgebauten Wertschöpfungsketten beziehen sich auf Größen, Geschmack und Reife. Zunehmend müssen sie auch staatliche Bestimmungen der Lebensmittelsicherheit beachten, besonders bei leicht verderblichen Waren wie Eiern, Milch oder Fleisch. Da alle voneinander wissen, kann bei schlechter Ware relativ schnell der Verursacher informiert und belangt werden. Im Interesse langfristiger Lieferbeziehungen sind aber alle in der Kette bemüht, die erwünschten „Standards“ zu erfüllen. Wenn etwas schief geht, ist das Ausmaß des Schadens begrenzt. Ganz anders ist dies in der industriellen Großproduktion: Die Ausbreitung von Schädlingen oder Krankheiten ist kaum kontrollierbar.

Trotzdem propagieren die Supermarktketten ihre Produktionsbedingungen als die sichersten. Sie zwingen ihre Zulieferer in den Entwicklungsländern, nach denselben Standards zu produzieren wie in den Industrieländern. Um dies zu erreichen, wird ein Teil der Landwirte in die Vertragslandwirtschaft gedrängt. Es sind jedoch nur wenige mittlere bis große Betriebe, die sich das leisten können. Der Einstieg ist mit hohen Investitionen verbunden. Meist werden diese durch

Kredite abgesichert. Saatgut und alle anderen „Zutaten“ industrieller Landwirtschaft müssen nun beim Vertragsgeber gekauft werden. Die Abnahme zu kostendeckenden Preisen ist nicht garantiert. Überall beschwerten sich Vertragsbauern und Vertragsbäuerinnen über nicht abgenommene Ernten wegen angeblich nicht erreichter Qualitätsstandards. Solche Totalverluste können zur hohen Verschuldung bis hin zum Ruin landwirtschaftlicher Betriebe führen. Die Zahl der Produzenten, die von Lieferbeziehungen mit den Supermarktketten tatsächlich profitiert, ist begrenzt und beschränkt sich mit der Zeit auf diejenigen mittleren Betriebe, die expandieren können. Die anderen verlieren ihre Absatzmärkte und profitieren auch nicht von der sich durch die Supermärkte entwickelnden Nahrungsindustrie. Diese wird gerne als der Jobmotor im ländlichen Raum hingestellt, der die Verluste an kleinbäuerlicher Beschäftigung ausgleichen soll. Aber das gilt nur dann, wenn die betroffenen Landwirte ihr Dasein als Bauern aufgeben und Fabrikarbeiter werden. Denn auch bei der Belieferung der Fabriken, die aus landwirtschaftlich erzeugten Produkten Fertignahrung herstellt, können die Kleinbauern und Kleinbäuerinnen nicht mithalten. Partner der Fabriken sind meist die Vertragsbauern, und die hohen Standards der Wertschöpfungsketten des Einzelhandels gelten auch dort. Der Konkurrenzdruck mit Importware lässt zusätzlich auch nur sehr prekäre Beschäftigung in den Fabriken zu.

Aber auch in anderer Hinsicht bringt der Wandel auf eine Nahrungsversorgung durch Supermärkte große Veränderungen mit sich. In Asien stellt man fest, dass besonders die städtische Bevölkerung die gleichen Anzeichen von Fehlernährung zeigt wie in den USA oder Europa. Der Anteil verarbeiteter Nahrung mit hohem Zucker-, Fett- und Fleischanteilen steigt stark an, was den Anteil von Übergewichtigen rasant vergrößert hat und weswegen Diabetes zur Volkskrankheit wird.

(→ **Junk Food**) Besonders betroffen sind Staaten wie Malaysia oder China; in Südamerika sind die Folgen der Übergewichtigkeit vor allem in Mexiko zu beobachten.

Die Supermarktindustrie wird nicht müde festzustellen, dass Kleinbauernmärkte keine Zukunft haben. Ihr Angebot entspräche hingegen dem Konsumbedürfnis der neuen Mittelschichten, die sich aufgrund von Werbung für eine „moderne“ Ernährung entschieden hätten und aus Zeitmangel oft auch nicht anders könnten, als in Supermärkten einzukaufen. Noch folgen städtische und nationale Regierungen dieser Theorie und weisen immer neue Standorte für Supermärkte aus. Doch es gibt auch einen gegenläufigen Trend, zum Beispiel in Indien, wo Kommunen Supermärkten Vorgaben machen, dass diese einen Anteil an Belieferung aus kleinbäuerlicher Produktion nachweisen müssen. Auch Kommunen wie in Daressalam und anderswo in Afrika modernisieren die lokalen Märkte und verbessern die hygienischen Bedingungen durch Strom- und Wasseranschlüsse. Entscheidend dabei wird auch sein, ob es gelingt, die Großmärkte an den Rändern der Städte wieder zu fördern. In den zunehmenden Verkehrsfarkten der Megastädte müssen Zwischenlager die Transportlogistik von den Feldern zu den Märkten verkürzen. (→ **Stadt-Land-Essen**)

Der Erhalt der Stadtteilmärkte in den Megastädten des Südens ist ein wichtiges Gebot zur Durchsetzung von Ernährungssouveränität gegen Armut, Hunger und Mangelernährung, nicht nur für die ärmste Bevölkerung der Stadt. Der Trend in den Städten Europas und den USA, wieder Wochenmärkte mit regionalen Frischeangeboten der Saison aus bäuerlichen Familienbetrieben zu fördern, sollte eine Ermunterung für Politiker und Politikerinnen im Süden sein, die bestehenden informellen Märkte jetzt zu fördern, anstatt sie in 20 Jahren mühsam wieder einführen zu müssen.



Tomaten, Peperoni und anderes Gemüse direkt vom Feld bieten die Marktverkäuferinnen in Ibadan, Nigeria, an.

Urbane Landwirte oder Hobbygärtner – Was steckt hinter dem Hype um Urban Gardening?

Stig Tanzmann

Urban Gardening findet in den Metropolen des Nordens derzeit immer mehr Anhänger. Menschen, die sich als Teil einer grünen Bewegung sehen, legen auf städtischen Flächen, beispielsweise auf Dächern (Rooftop Farming) oder auf Brachflächen, Nutzgärten an. Doch Urban Gardening oder Urban Farming ist keine Erfindung des Nordens. In Gegenden großer Armut im globalen Süden ist urbane Landwirtschaft Teil einer Ernährungsstrategie.

In Afrika engagieren sich schätzungsweise 130 Millionen Stadtbewohner und Stadtbewohnerinnen, in Lateinamerika 230 Millionen in urbaner Landwirtschaft (vgl. FAO 2015b). Sie bauen Früchte und Gemüse an und halten Tiere zur Selbstversorgung. Weit verbreitet ist städtische Hühnerhaltung, aber auch Ziegen und Kühe werden für die Selbstversorgung gehalten oder zum Teil verkauft. Orte der Tierhaltung sind neben Höfen in der Nähe der Wohngebäude zum Beispiel auch öffentliche ungenutzte Flächen. Insgesamt halten 800 Millionen Stadtbewohnerinnen und -bewohner Nutztiere, sagt die Welternährungsorganisation (FAO), ein Viertel dieser Menschen bietet die geernteten Erzeugnisse auf Märkten an (vgl. FAO 2014b). In Megastädten wie Rio de Janeiro spielt urbane Landwirtschaft inzwischen eine wichtige Rolle für die allgemeine Versorgung der Stadt mit Nahrungsmitteln. Denn in den Prozessen fortschreitender



Fast 20.000 Bürgerinnen und Bürger bauen mittlerweile innerhalb der Stadtgrenzen Detroits selbst Obst und Gemüse an.

Urbanisierung dehnen sich die großen Städte so aus, dass ursprüngliche landwirtschaftlich genutzte Flächen in städtisches Gebiet übergehen. In Buenos Aires gibt es mehr als 2.000 Gemeinschaftsgärten – Haus- und Familiengärten, Nachbarschaftsgärten und Gärten von Arbeitsloseninitiativen. Auch in den Townships in Südafrika sind kleine, landwirtschaftlich genutzte Flächen weit verbreitet.

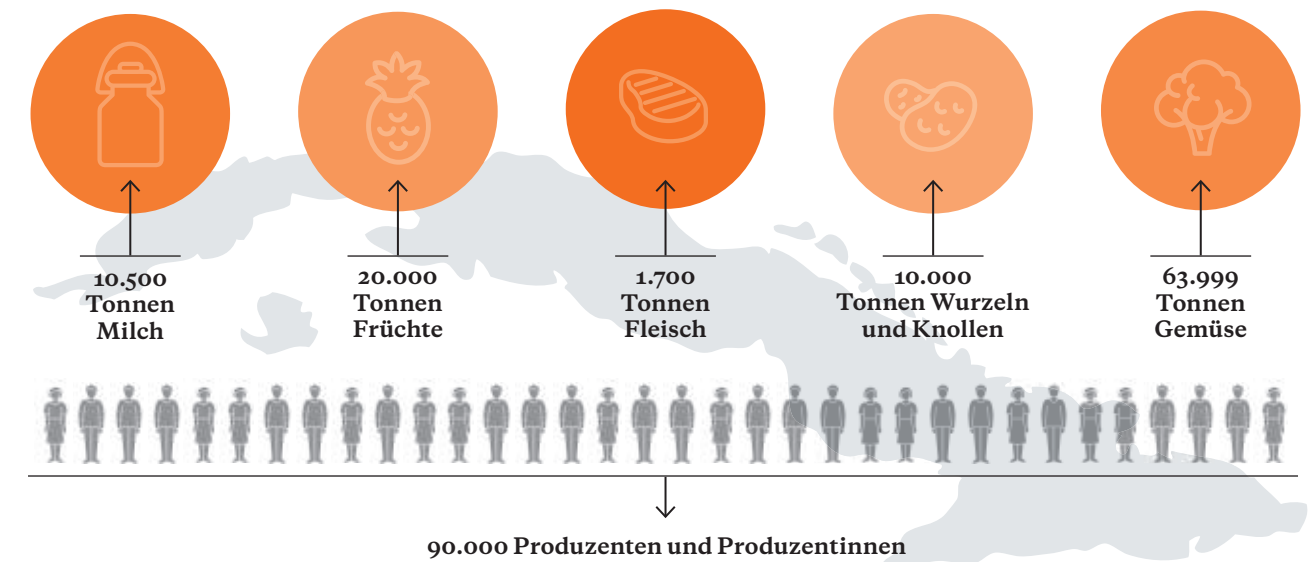
Haben Stadtgärten das Potential für die Ernährung einer wachsenden Zahl zukünftiger Stadtbewohner und Stadtbewohnerinnen? Eine herausragende Rolle spielt urbane Landwirtschaft bei systemischen Krisen oder Kriegen, wenn die Versorgung der Städte aus dem ländlichen Raum zusammenbricht oder abgeschnitten wird. Folgende Beispiele werfen ein Schlaglicht darauf, wie Menschen aufgrund von Versorgungsengpässen in den Städten selbst Initiative ergriffen, eine Subsistenzwirtschaft entwickelten und sich selbst versorgen.

Detroit – ein Netzwerk aus urbanen Gärten

Wie bedeutsam Urban Gardening für die Versorgung der Städter sein kann, zeigt der wirtschaftliche Niedergang der Autostadt Detroit. Dort fand der kapitalistische amerikanische Traum bedingt durch den Kollaps der Autoindustrie ein jähes Ende und ließ eine zunehmend deindustrialisierte Großstadt zurück – mit spürbaren Folgen auch was die Versorgung mit Lebensmitteln angeht. Nahrungsmittel wurden teilweise unerschwinglich teuer oder wurden erst gar nicht mehr angeboten, da sich aufgrund der fehlenden Wirtschaftskraft der Detroiter das Versorgungsnetzwerk aus Supermärkten und Schnellrestaurants aus der Stadt zurückzog. Bewohnerinnen und Bewohner von Detroit ergriffen daraufhin die Initiative und begannen, auf ehemaligen Industrieflächen Nahrungsmittel anzupflanzen. Daraus entstand ein inzwischen beeindruckendes Netzwerk aus weit mehr als tausend urbanen Gärten. Ihre Produkte boten die Erzeugerinnen und Erzeuger zunächst auf informellen Märkten an, mit der Zeit entstanden Bauernmärkte. In den gesamten Vereinigten Staaten fand die Detroiter Urban Farming-Bewegung Nachahmer. Mit ihrem Saatgutbedarf spielt die Urban Gardening-Bewegung auch eine Rolle beim Aufbau und Erhalt der kommunalen Saatgutbanken, genannt „Seed Libraries“. Beides sind integrale Bestandteile des wachsenden Widerstandes innerhalb der USA gegen die industrielle Landwirtschaft und die gentechnisch veränderten Organismen (GMOs) der großen Konzerne.

Menge von Lebensmitteln, die pro Jahr in Havanna/Kuba erzeugt werden

Produktionsorte:
97 Intensiv-Gärten
5.100 Anbauflächen unter 800 m²
89.000 Hinterhofgärten



Quelle: IINAS 2015

Die agrarökologische Revolution in Havanna

Eines der bekanntesten Beispiele für urbane Landwirtschaft ist Kuba. Dem Zusammenbruch des Ostblocks Anfang der neunziger Jahre fiel auch die landwirtschaftliche Arbeitsteilung unter den und innerhalb der sozialistischen Staaten zum Opfer; die Lebensmittel-, Waren- und Ölimporte aus den Sowjetstaaten, von denen das Land hochgradig abhängig war, fielen mit deren Zusammenbruch schlagartig weg und das bisherige System der Lebensmittelversorgung funktionierte nicht mehr. In der Folge verschlechterte sich in Kuba die Ernährungslage insbesondere der Menschen in den Städten auf drastische Weise. Sie begannen, auf nicht genutzten Freiflächen Gärten anzulegen und Nahrungsmittel anzupflanzen. So steigerten sie innerhalb kürzester Zeit den Anteil der Lebensmittel, die in der Stadt, insbesondere in Havanna, erzeugt wurden. Schon Mitte der 1990er Jahre gab es fast 30.000 Gartenparzellen in der zwei Millionen Einwohner zählenden Stadt. Beim Anbau verwenden die urbanen Farmer nur wenig Dünger und Pestizide, pflanzen auf sehr kleinen Flächen und passen auch ihren Tierbestand der meist geringen verfügbaren Fläche an. Heute wachsen dank der „Revolución verde“ allein in Havanna mehr als zwei Drittel des verzehrten Obsts und Gemüses innerhalb der Stadtgrenzen. Die kubanische Regierung hat durch die großzügige Vergabe von Freiflächen an Produzenten und durch wissenschaftliche Begleitung die Agricultura urbana aktiv gefördert. Ein besonderer Schwerpunkt ist

die Entwicklung der agrar-ökologischen Produktion. Insgesamt werden gut 35.000 Hektar Land in Havanna für urbane Landwirtschaft genutzt und mehrheitlich ökologisch bewirtschaftet. Die Erfolge des kubanischen urbanen Anbaus haben weltweit viele Menschen inspiriert. So bezogen beispielsweise auch die Gründer der Prinzessinnengärten in Berlin Kreuzberg, eines der bekanntesten deutschen Urban Gardening-Projekte, ihre Inspiration aus mehreren Kuba-Aufenthalten.

15th Garden – überlebenswichtig in Syrien

Ein aktuelles Beispiel dafür, wie urbane Landwirtschaft mit politischem Widerstand verbunden wird, ist das Netzwerk 15th Garden. Seine Aktivistinnen und Aktivisten setzen sich seit Jahren für die Demokratisierung Syriens ein und legen urbane Gärten zur Nahrungsmittelproduktion in den belagerten und ausgehungerten Städte und Enklaven Syriens an. Das Netzwerk besteht aus urbanen Gärten, regional vernetzten Familiengärten, gemeinsamer bäuerlicher Organisation und Produktion in den ländlichen Regionen sowie Landwirtschaftsinitiativen von Flüchtlingen in den Flüchtlingslagern der syrischen Anrainerstaaten. Ihre Aufgabe sehen die Aktivistinnen und Aktivisten darin, das Ernährungssystem zu demokratisieren und Lebensmittel, insbesondere Gemüse, überhaupt erst wieder verfügbar zu machen. Saatgut wird getauscht und reproduziert, und Fähigkeiten in nachhaltiger Landwirtschaft und Gärtnerei werden in Workshops und Kursen weitergegeben.

800

Millionen Menschen in
Entwicklungsländern
betreiben urbane
Landwirtschaft.

1/4

davon verkauft auch
die auf diese Weise
angebauten Produkte

Quelle: FAO 2014b

Ernährungsrate in Berlin und Brasilien

Es ist sicher auch ein Ergebnis der basisdemokratischen Urban Gardening-Bewegung in Berlin, dass hier einer der ersten Ernährungsrate Deutschlands entstanden ist. Ziel ist, sich angesichts eines hochindustrialisierten ländlichen Raumes in der direkten Stadtumgebung mit den ländlichen Produzentgruppen auszutauschen,

um einen besseren Interessensausgleich zu erreichen und die Produzenten und Produzentinnen auf dem Land zu stärken. Wie erfolgreich dieser Dialog sein kann, zeigt das Beispiel Brasilien eindrucksvoll: Hier hat der nationale Ernährungsrat CONSEA (Conselho Nacional de Segurança Alimentar e Nutricional), zu dem Vertreter und Vertreterinnen von Regierungsbehörden und verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen gehören, dazu beigetragen, das Ernährungssystem zu demokratisieren, Hunger und Mangelernährung einzudämmen und gleichzeitig die Interessen der Bevölkerung in den Städten und auf dem Land miteinander in Einklang zu bringen.

All diesen Bewegungen ist eines gemeinsam: Sie verändern – wenn auch aus verschiedenen Gründen – das jeweils bestehende Ernährungssystem aus der Stadt heraus. Dabei greifen sie auf traditionelle landwirtschaftliche Produktionsweisen zurück. Zum Teil stellen sie dabei die Vielfalt der ländlichen Biodiversität in den Vordergrund, um die Monotonie der Städte und der dortigen Ernährungsgewohnheiten zu durchbrechen. Oder sie bauen neue Beziehungen zwischen Produzenten und Konsumenten auf, zum Beispiel durch die städtischen Ernährungsrate. So kann das Verständnis zwischen Stadt- und Landbewohnern füreinander wachsen und Nahrung vielfältiger erzeugt und gegessen werden.



In diesem Gemeinschaftsgarten bauen die Bewohnerinnen und Bewohner von Jacmel/Haiti Gemüse an.

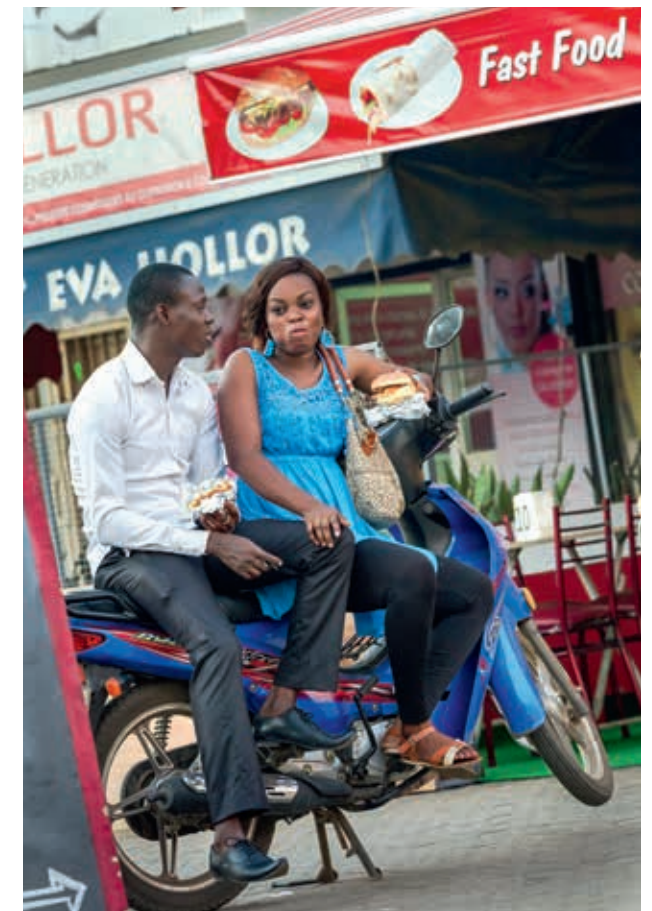
Junk Food für alle: Lässt sich der Vormarsch von Zucker, Fett und leeren Kalorien im globalen Süden aufhalten?

Mareike Haase

Für Menschen in Armut, die in der Stadt leben, wird es zunehmend schwierig, sich gesund zu ernähren. Sie werden zur Zielscheibe transnational agierender Nahrungsmittelkonzerne, die speziell auf sie abgestimmte und meist ungesunde Produkte mit einem hohen Anteil an gesättigten Fetten, Zucker und anderen raffinierten Kohlenhydraten auf den Markt bringen. Dazu passt der Trend weg von frischen und unverarbeiteten Nahrungsmitteln hin zu industriell vielfach verarbeiteten Fertigprodukten. Dieser Ernährungswandel trägt enorm zur weltweit wachsenden Mangelernährung bei. Ernährung verliert zudem an sozialer Bedeutung für die Menschen und ihre Gemeinschaften.

Essen, was ungesund ist?

Neuere Untersuchungen zeigen, dass im Zuge von Globalisierung, Verstädterung und wirtschaftlicher Entwicklung der Anteil an verarbeiteten, energiedichten und damit auch ressourcenintensiveren Lebensmitteln in der Ernährung in Ländern des Südens steigt (Waskow/Rehaag 2011). Zum einen gilt es als schick, modern und privilegiert, Fertigprodukte zu konsumieren. Zum anderen hängt dies damit zusammen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus ihren Familien, die sie auf dem Land unterstützen und versorgen, in die Städte migrieren und dort – bedingt durch lange Arbeitstage und weite Wegstrecken zum Arbeitsplatz – weniger Zeit darauf verwenden, einzukaufen und aufwändig zu kochen. Viele Menschen greifen auf Fertignahrung zurück, die mit wenigen Handgriffen zubereitet werden kann. Auf dem Speiseplan stehen Instant-Nudelgerichte, zuckerhaltige Milchspeisen oder Joghurts, Frühstückscerealien und Kekse in verschiedensten Ausführungen bis hin zu Burger-Gerichten und Softdrinks. Vielen dieser Lebensmittel werden Mikronährstoffe wie Vitamine oder Spurenelemente künstlich hinzugefügt, so dass sie vermeintlich nahrhaft sind. Diese Ideologie des Nutritionismus wurde vom australischen Wissenschaftssoziologen Gyorgy Scrinis geprägt. Sie besagt, dass Nahrungsmittel durch die Quantifizierung der Nährstoffe gemessen werden und ihre Bewertung in „gute“ oder „schlechte“ Nahrungsmittel allein damit einhergeht, welche Nährstoffe sie enthalten (Pollan 2009). Ein solch eingeschränkter Blick auf Nahrungsmittel lässt es naheliegend erscheinen, durch künstlich hinzugefügte Nahrungsergänzungsmittel (Nutrazeutika) aus einem zuvor nährstoffarmen Produkt ein neues nährstoffreicheres Produkt zu machen. Wechselwirkungen der verschiedenen Inhaltsstoffe und deren Verträglichkeit werden dabei jedoch außer Acht gelassen.



Fast Food ist auf dem Vormarsch – dieses Paar besucht häufig ein Schnellrestaurant in der Innenstadt von Lomé/Togo.

Krankmacher als Gesundheitsversprechen

Während sich in den Industrieländern Konsumentinnen und Konsumenten auch aufgrund eines stärkeren Gesundheitsbewusstseins zunehmend für regionale, bio-zertifizierte und weniger verarbeitete Produkte entscheiden, sieht das in ärmeren Ländern teilweise anders aus. Davon profitiert eine Ernährungsindustrie, die sich wie McDonald's, Nestlé und Danone der Produktion von vielfach verarbeiteten Lebensmitteln und von Junk Food verschrieben hat und nun vor allem auf die Märkte in Ländern des Südens drängt und dort ärmeren Bevölkerungsschichten als Konsumenten gewinnen will (Stuckler/Nestle 2012). Das Wachstum im Marktsegment der Fertignahrung und der Softdrinks mit großen Mengen an Zucker, Fett und Salz findet heute fast ausschließlich dort statt. Selbst die Schwellenländer China, Brasilien und Südafrika sind diesbezüglich nicht mehr

zu erobern, da die Unternehmen dort bereits eine ähnliche Marktdurchdringung wie in Industrieländern erzielt haben (Monteiro/Cannon 2012). Aggressive Marketingstrategien tragen wesentlich zur Verbreitung von ungesundem Junk Food und Fertignahrung bei. Dabei machen sich die Konzerne den globalen Ernährungswandel zu Nutze und behaupten, dass industriell gefertigte Nahrung praktisch und nahrhaft sei. Sie treiben so die Veränderungen der Ernährungsmuster und die Verdrängung von frischen, selbst zubereiteten Lebensmitteln weiter voran. Zum Beispiel in Indien: Dort bietet Nestlé indischen Arbeitern und Schülerinnen und Schülern als besonders schnell zubereitetes Mittagessen die Fertiggerichte Maggi Atta Noodles oder Maggi Dal Noodles an. Weit verbreitet sind auch Gesundheitsversprechen (health claims). So führe zuckerhaltiger Joghurt zur Vorbeugung von Darmstörungen, verspricht Danone in Südafrika, ein Werbeversprechen, das beispielsweise in Deutschland verboten ist. Angeboten in Kleinstverpackungen können sich auch arme Menschen diese Produkte leisten. Die staatlichen Regulierungen

reichen in vielen Ländern nicht aus, um Verbraucher und Verbraucherinnen besser vor diesen Versprechungen zu schützen.

Globalisierung eines ungesunden Lebensstils

Die Folgen für die Gesundheit der Menschen und die lokalen Gesundheitssysteme sind gravierend. Die Anzahl der Menschen, die unter Adipositas leiden, hat sich seit 1980 weltweit verdoppelt (WHO 2014). Bis 2025 wird die Zahl der fettleibigen Menschen global auf etwa 228 Millionen steigen; betroffen sind vor allem bevölkerungsreiche Länder wie Indien und China. 33 Millionen Kinder unter fünf Jahren in Schwellen- und Entwicklungsländern sind übergewichtig und mehr als 161 Millionen Kinder weltweit leiden unter „Stunting“, Unterentwicklung ausgelöst durch Mangelernährung (UNICEF/WHO/World Bank 2013). Viele von ihnen werden ein Leben lang unter den gesundheitlichen Folgen der Mangelernährung leiden.

„Diese Produkte werden hergestellt aus Substanzen, die vollwertigen Nahrungsmitteln entzogen werden: minderwertige Teile von Tieren; billige Zutaten wie raffinierte Getreidestärke, Zucker, Fettsäuren und Öl, Konservierungs- und andere Hilfsstoffe. Diese Produkte werden so formuliert, dass sie intensiv schmecken und die Appetitkontrollmechanismen des Körpers täuschen. Und viele sind, wenngleich legal, tatsächlich Fälschungen – weil sie aussehen und schmecken wie vollwertige Nahrung. Sie werden zudem so gestaltet und verpackt, dass sie lange halten und keine Zubereitung in der Küche erfordern. Diese Produkte können überall sofort oder nahezu sofort konsumiert werden; man braucht dazu nicht einmal Tische, Stühle, Geschirr oder Besteck.“

Ernährungswissenschaftler Carlos Monteiro (Monteiro/Cannon 2012)



Amerikanische Nahrungsmittelkonzerne eroberten nach Abschluss des Freihandelsabkommens NAFTA sofort den mexikanischen Markt.

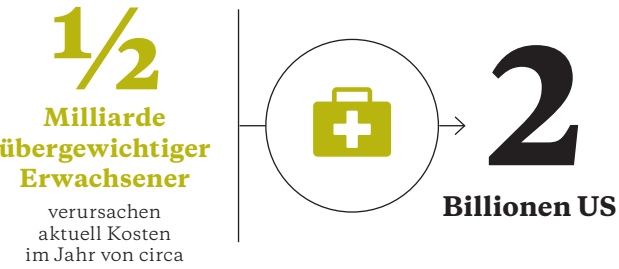
Für die betroffenen Länder sind die direkten Folgen von Mangel- und Fehlernährung eine große Belastung. Es entstehen hohe Behandlungskosten für die Menschen, ihre Gemeinschaften und das Gesundheitssystem. Aber auch Produktivitätsverluste müssen berücksichtigt werden, da betroffene Menschen aufgrund von akuten Krankheitssymptomen beispielsweise nicht arbeiten können. Hinzu kommen Folgekosten bedingt durch Erkrankungen, die aus der langfristigen Fehlernährung heraus entstehen. Die weithin als „westliche Wohlstandskrankheiten“ bekannten Leiden wie Hypertonie, Diabetes mellitus Typ II und Adipositas sowie damit einhergehende Herz-Kreislaufkrankungen und frühzeitige Todesfälle nehmen in Schwellen- und Entwicklungsländern extrem zu. Die Globalisierung eines ungesunden Lebensstils ist nachweislich eine der Hauptursachen dafür (WHO 2015). Gesundheitssysteme müssen sich darauf einstellen, Patienten, die an diesen chronischen, nicht übertragbaren Erkrankungen leiden, ihr Leben lang zu behandeln. Die Gesundheitssysteme in Schwellen- und Entwicklungsländern sind somit doppelt belastet (Double Burden of Malnutrition): zum einen aufgrund der Herausforderungen durch Hunger und Unterernährung sowie zum anderen aufgrund von Überernährung und Übergewicht. Bemühungen der Armutsreduzierung können durch das Ansteigen der ernährungsbedingten Erkrankungen ins Negative umgekehrt werden. Die wirtschaftlichen Verluste durch das hohe Aufkommen an chronischen, nicht übertragbaren Krankheiten wurden bis 2025 auf über sieben Trillionen US-Dollar in Schwellen- und Entwicklungsländern geschätzt. Diese Summe übersteigt um ein Vielfaches das, was aufgewendet werden müsste, um diese Krankheiten durch Maßnahmen wie die Förderung gesunder Ernährung zu verhindern (WHO 2014).

Es muss also dringend etwas geschehen. Den Herstellern von gesundheitsgefährdenden Produkten muss Einhalt geboten werden – und zwar durch eine staatliche Regulierung zum Erhalt der Gesundheit. Großbritannien führte dafür im Sommer 2016 eine sogenannte „Limosteuer“ ein. Sie ist eine Steuer für Softdrinks, die mehr als fünf Gramm zugesetzten Zucker je 100 Milliliter enthalten; als Unternehmensteuer belastet diese Steuer nur den Produzenten. Die Einnahmen daraus sollen für Gesundheitsprogramme für Schulkinder genutzt werden. Mexiko, das Land mit den meisten Diabetes-Fällen weltweit, führte bereits 2014 als erstes Land eine Steuer auf zuckerhaltige Getränke ein. Erste Untersuchungen zeigen, dass dies tatsächlich zu einem verminderten Konsum der Softdrinks führt. Zudem braucht es starke politische Richtlinien, die durch einen Ansatz auf verschiedensten Ebenen zum einen die Konzerne in die Schranken verweisen und zum anderen die Bevölkerung in die Pflicht nehmen. Konsumentinnen



Weil Fertiglebensmittel als modern gelten und preiswert sind, verzichten immer mehr Menschen auf selbst gekochtes Essen.

und Konsumenten müssen durch gezielte Präventionsarbeit in die Lage versetzt werden, dass sie bewusste Entscheidungen treffen, das Für und Wider der verschiedenen Ernährungsweisen abwägen können und sich im besten Falle gegen industriell hergestellte und ungesunde Produkte entscheiden. Nur wenn die Absatzzahlen der Konzerne in diesem Segment sinken, werden sie ihre Strategien überdenken und auf andere Produkte setzen. Denn: „Wir wollen kontrollieren, was in unserem Essen drin ist und wie es zubereitet ist. Wir wollen natürlichen Geschmack und Geruch spüren; wir wollen – eingebettet in unsere Familie, Gemeinschaft und Kultur – essen“, so Biraj Patnaik von der Right to Food-Campaign (Kruchem 2015).



Quelle: Dobbs et al. 2014

Unterschätzte Armut – Was trägt der Staat dazu bei, dass die Menschen in der Stadt satt und gesund sind?

Nicola Wiebe

Typisch für das Leben in der Stadt ist, dass die Bevölkerung in besonderem Maße von Marktpreisen für Nahrungsmittel und andere Gütern des täglichen Grundbedarfs abhängig ist. Ein finanzielles Einkommen ist daher eine wichtige Voraussetzung für den Zugang zu angemessener Nahrung. Hier spielen soziale Sicherungssysteme eine wichtige Rolle.

In der Stadt hängt gute Ernährung vor allem davon ab, ob Geld zur Verfügung steht, um Nahrung zu kaufen. Für Menschen, die in Armut leben, ist daher die temporäre oder dauerhafte finanzielle Unterstützung durch Regierungsprogramme wie Kindergeld oder eine Grundsicherung entscheidend. Diese Gelder werden meist vorrangig zum Kauf von Lebensmitteln verwendet. So fördern Maßnahmen der sozialen Sicherung unmittelbar den Zugang zu Nahrung, indem sie das zur Verfügung stehende Einkommen dauerhaft oder im Fall von Saisonarbeit oder Arbeitsunfähigkeit über eine begrenzte Zeitdauer sichern.

Selbstversorgung, beispielsweise durch eigenen Anbau in der Stadt, kann meist nur einen Teil des Bedarfs decken, zumal die städtische Bevölkerung größtenteils einer nicht landwirtschaftlichen Beschäftigung nachgeht und in prekären Arbeitsverhältnissen mit hoher Wochenarbeitszeit oft kaum Zeit für den eigenen Anbau hätte. (**-> Urbane Landwirte oder Hobbygärtner?**) Netzwerke der gegenseitigen Hilfe beschränken sich für städtische Arme häufig auf einen Personenkreis, der selbst ebenfalls nur wenig Einkommen hat. Vor allem Menschen in von Armut gekennzeichneten Wohnvierteln oder informellen Siedlungen sind deshalb den Folgen von Preissteigerungen für Lebensmittel oder unerwarteten, hohen Ausgaben wie beispielsweise Behandlungskosten im Falle einer Erkrankung, besonders stark ausgesetzt.

Exklusion armer Bevölkerung überwinden

Um solche strukturellen Benachteiligungen zu überwinden, muss es stärker als bisher darum gehen, soziale Sicherungssysteme zu gestalten, die allen Menschen das Recht auf Ernährung, Gesundheit und Bildung garantieren. Nur dann kann verhindert werden, dass Kinder aus Familien, die in Armut leben, von Geburt an ohne Chancen sind, ihre Potentiale zu nutzen und Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben zu entwickeln. Ein Zugang zu Sozialversicherungen (zum Beispiel Renten- oder Krankenversicherung), die häufig an formelle Beschäftigung und Beitragszahlungen

gebunden sind, ist jedoch für benachteiligte Bevölkerungsgruppen besonders schwer zu erreichen. Nur 22 Prozent der Menschen weltweit verfügen über einen solchen umfassenden Schutz (ILO 2014). Insbesondere Frauen und Mädchen sind sehr häufig in haushaltsnahen Dienstleistungen oder im informellen Handel beschäftigt – Sektoren, die von Sozialversicherungen bisher nur in seltenen Fällen erfasst werden. Laut Statistiken der internationalen Arbeitsorganisation arbeiten beispielsweise fast 80 Prozent der indischen Frauen, die in Städten leben, im informellen Sektor (vgl. Sankaran 2011). (**-> Doppelte Last**)

Aber auch steuerfinanzierte Programme der Grundsicherung, die explizit auf eine Mindestsicherung ausgerichtet sind, erreichen häufig nicht die Menschen, die sich in besonders extremen Lebenslagen befinden. Zu jenen, die ausgeschlossen bleiben, zählen häufig auch die in die Stadt Zugewanderten. Eine Ursachen dafür liegt in der Ausgestaltung der Programme selbst: Gehört beispielsweise die Registrierung eines formellen Wohnsitzes zu den Zugangsvoraussetzungen, dann bleiben viele Menschen, die in Slums leben, von vornherein außen vor. In den meisten Fällen verwehren administrative Hürden den Zugang zu den Programmen. Typische Probleme sind eine schwache Informationspolitik, komplizierte Antragsverfahren, lange Bearbeitungsfristen oder diskriminierende Behandlung (Hopkins/Bastagli/Hagen-Zanker 2016). Dies steht den Bedürfnissen von Menschen mit begrenztem Zugang zu Informationen, geringem Bildungsstatus, informellen und instabilen Lebenssituationen und mangelndem Selbstvertrauen diametral entgegen. Sie nehmen diese Programme dann nicht in Anspruch, obwohl sie theoretisch dazu berechtigt wären und konkreten Nutzen davon hätten. Deshalb fördert Brot für die Welt soziale Bewegungen beispielsweise in Indien oder in Südafrika, die besonders benachteiligte Gruppen der Gesellschaft über ihre Rechte aufklären und diese darin bestärken, ihre Rechte auch individuell oder kollektiv einzufordern. Zugleich setzen sich diese Bewegungen auf politischer Ebene dafür ein, dass die Sozialprogramme konsequenter der ärmsten Bevölkerung zugänglich gemacht werden.

Neue Gestaltungsmöglichkeiten in der Sozialpolitik

Im Rahmen seiner Verantwortung, Ernährungssicherheit zu gewährleisten, führt der Staat auch explizit ernährungsbezogene Programme der Sozialen Sicherheit und der Sozialpolitik durch. Dazu zählen beispielsweise

Schulspeisungen, subventionierte Lebensmittelausgaben, die direkte Nahrungsmittelversorgung in Sozialeinrichtungen (Kindergärten, Krankenhäuser, etc.) oder das Anlegen von Lebensmittelreserven zur Kontrolle von Preisschwankungen bei Grundnahrungsmitteln.

Der öffentliche Sektor hat dadurch einen durchaus umfangreichen, in weiten Teilen planbaren Bedarf an Lebensmitteln, und es entsteht die Notwendigkeit öffentlicher Beschaffung. Dies eröffnet Gestaltungsspielräume: Durch gezielte Kaufentscheidungen kann der Staat zu einer armutsreduzierenden und nachhaltigen Entwicklung der nationalen Nahrungsmittelproduktion beitragen. Langfristige Verträge mit kleinbäuerlichen Anbietern können ihnen Perspektiven für eine langfristige Planung eröffnen, ihre Einkommenssicherheit steigern, ihre Kreditfähigkeit erhöhen und sie davor zurückhalten, in die Städte abzuwandern.

In der Praxis öffentlicher Beschaffung werden solche Gestaltungsmöglichkeiten, auch in Deutschland, jedoch häufig nicht ausgeschöpft. Als zentrales Entscheidungskriterium dominiert der möglichst günstige Preis. Hinzu kommen bürokratische Hindernisse. So sind beispielsweise kleinere Produzentengruppen oft nicht in der Lage, Mindestmengen oder Standardisierungsanforderungen für öffentliche Ausschreibungen zu erfüllen. Häufig verfügen sie auch nicht über den geforderten Grad an unternehmerischer Formalisierung oder sie sind schlicht dem (Preis-)Wettbewerb mit landwirtschaftlichen Großbetrieben oder Importgütern nicht gewachsen (De Schutter 2014). Darum bedarf es einer politischen Entscheidung, andere Kriterien in der Beschaffung höher zu gewichten – zum Beispiel lokale, kleinbäuerliche und ökologische Produktion.

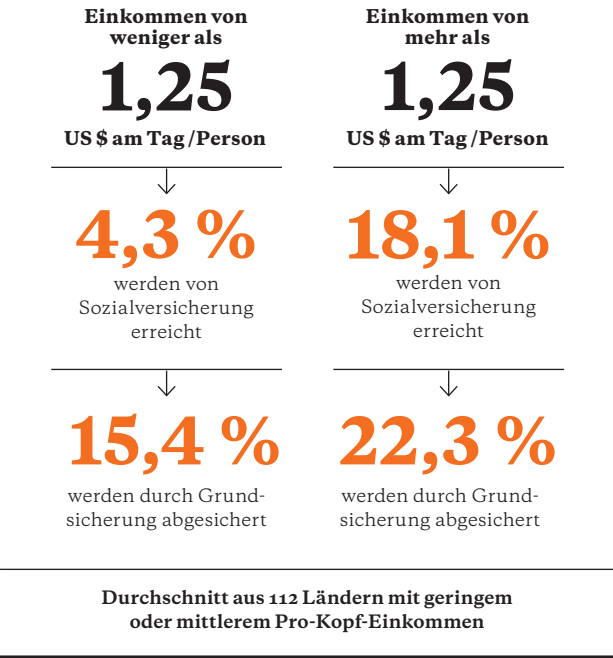
Es gibt positive Beispiele, in denen mit großem Erfolg andere Wege gegangen wurden. In Brasilien reduzierte eine vertraglich abgesicherte öffentliche Nachfrage für ihre landwirtschaftlichen Produkte im Kontext des staatlichen Programmbündels „Null Hunger“ das Risiko für Kleinbauern und Kleinbäuerinnen und ermutigte sie zu Investitionen in die Qualität ihrer Produkte. Es gelang ihnen in der Folgezeit, ihr Einkommen und damit ihre Lebensbedingungen zu verbessern (Swensson 2015). Das Beispiel der Brot für die Welt-Partnerorganisation CAPA zeigt das eindrucksvoll. (**-> Brot für die Welt-Partner zeigen, wie es geht**) Das „Null Hunger“-Programm durchlief zahlreiche Lernschleifen und Anpassungsprozesse und konnte dabei das Volumen der Direktvergabe an kleinbäuerliche Betriebe kontinuierlich erhöhen. So wurden 2012 rund 190.000 Produzenten und Produzentinnen erreicht. Zusätzlich gilt auch im Rahmen des Schulspeisungsprogramms eine 30-prozentige Quote für kleinbäuerliche Betriebe. Diese Erfahrungen haben auch andere Länder und internationale Organisationen

inspiriert. So führt das Welternährungsprogramm im Rahmen der Initiative „Purchase for Progress“ Pilotvorhaben in 20 Ländern zu einem neuen Ansatz für die öffentliche Beschaffung durch (WFP 2015).

Positive Effekte in Stadt und Land

Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, staatliches Handeln konsequenter auf Armutsreduzierung auszurichten und in sich kohärenter zu gestalten. Universelle Systeme der Sozialen Sicherheit, insbesondere Grundsicherung mit niedrigen Zugangsbarrieren und aktiver Informationspolitik, sind ein Prinzip der inklusiven Stadtentwicklung. Sie tragen dazu bei, dass Menschen selbsthilfefähig werden und die Chancen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Dynamik der Stadt nutzen können. Viele positive Aspekte des städtischen Lebens wie beispielsweise die Diversität von Lebensentwürfen, die Auflösung von starren gesellschaftlichen Strukturen sowie der Zugang zu Bildung können dann zum Tragen kommen. Lähmende Normen, starre Genderrollen und Unterdrückungsmuster können in Bewegung geraten. Gleichzeitig müssen staatliche Akteure die Wirkungen ihres Handelns auf der Produzentenseite berücksichtigen und städtische und ländliche Entwicklungen als komplementäre Systeme begreifen. (**-> Stadt-Land-Essen**) Kostengünstige Lebensmittelbeschaffung für sozialpolitische Programme darf nicht einer weiteren Verarmung auf dem Land Vorschub leisten. Politischer Gestaltungsspielraum sollte genutzt werden, um eine positive Rückkopplung zwischen Ernährungssicherheit in der Stadt und ernährungssichern dem Einkommen auf dem Land aktiv herbeizuführen.

Wer hat Zugang zu Sozialer Sicherheit?



Quelle: Gentilini 2015

Doppelte Last: Warum Frauen von Mangelernährung und Armut in den Städten besonders betroffen sind

Carsta Neuenroth



Diese Straßenverkäuferin trägt ihr Kind auf dem Rücken und verkauft während der Hauptverkehrszeit Obst an die im Stau stehenden Autoinsassen.

Das Leben in der Stadt bietet Frauen und Mädchen im globalen Süden häufig die Möglichkeit, ihr Leben selbstbestimmter zu gestalten als in ländlichen Regionen. Frauen diskriminierende Traditionen sind auf dem Land meist starrer und wurzeln tiefer als im urbanen Umfeld. Frauen sind in der Regel auch verantwortlich für die Ernährung ihrer Kinder und anderer Angehöriger, allerdings oft aus einer Situation der Armut und der geschlechterbedingten Benachteiligung heraus, die in Mangelernährung für die ganze Familie resultieren kann. In der Hoffnung auf ein besseres Leben ziehen viele Frauen in die Städte, freiwillig oder im Fall von Krisen, Katastrophen und Konflikten gezwungenermaßen. Weil sie hier meist nichts selber anbauen können, stehen Frauen in der Stadt vor der besonderen Herausforderung, Geld zu verdienen, um sich und ihre Familien ernähren.

Bevölkerungswachstum und Migration bedingen das rasante Wachstum der Städte. Die Zahl der Frauen im globalen Süden, die in die Städte einwandern, wächst, und bis 2050 wird die Zahl der Menschen, die in Städten leben, 80 Prozent betragen. Viele Frauen und Mädchen in der Stadt nutzen die Chancen auf Bildung und Ausbildung, profitieren von Arbeitsplätzen in der Wirtschaft und sind in Netzwerke eingebunden, die sie unterstützen, ihren Alltag zu meistern und Solidarität zu erfahren. Doch bereits heute begleiten Armut, Ernährungsunsicherheit und Mangelernährung die Prozesse von Migration und Urbanisierung (Tacoli 2012). Unter diesen schwierigen Bedingungen erfüllt sich der Traum vom besseren Leben für viele Frauen und Mädchen nicht, und viele sehen ihre Hoffnungen enttäuscht.

Zerplatze Träume in der Stadt

Frauen und Mädchen sind überproportional von Hunger und Mangelernährung betroffen. Von den mehr als zwei Milliarden Menschen, die weltweit an Mangelernährung leiden, sind 1,4 Milliarden Frauen und Mädchen. Die Gründe dafür sind in ihrer strukturellen Benachteiligung zu finden, die bedingt, dass Frauen und Mädchen im Vergleich zu Männern und Jungen einen niedrigeren Sozial-, Bildungs- und Wirtschaftsstatus haben. Diese negativen Faktoren beeinträchtigen die Möglichkeiten von Frauen und Mädchen, insbesondere wenn sie arm sind, ihr Leben selbst zu gestalten und ihr Recht auf ausreichende und ausgewogene Nahrung zu verwirklichen.

Weltweit stellen Frauen bereits heute schon die Hälfte aller internationalen und nationalen Migrantinnen (IOM 2015). Eine steigende Zahl von Frauen trägt die Hauptverantwortung für die Ernährung ihrer Familien und zieht ohne Partner oder andere erwachsene Familienmitglieder in der Hoffnung, sich und ihre Kinder besser ernähren zu können, in die Stadt. Andere Frauen folgen ihren Ehemännern und Familien, wenn diese sich zur Migration entschlossen haben.

Sowohl Frauen als auch Männer erwarten, dass die Stadt ihnen bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie einen Zugang zu Infrastruktur und Dienstleistungen wie Wohnung, Transport, Elektrizität, Wasser- und Abwasserversorgung bietet. Für viele Frauen ist geschlechtsbedingte Diskriminierung und verbreitete sexualisierte Gewalt, der sie in ihren Ursprungsorten

ausgesetzt sind, ein weiterer Grund zur Migration. Insbesondere für junge Frauen, die sich gegen Zwangsheirat wehren oder gegen andere Traditionen aufbegehren, verbindet sich mit der Migration die Hoffnung, sich den Erwartungen ihrer Familien zu entziehen. Da Frauen in vielen Teilen der Welt kein Recht auf Landbesitz oder Erbe haben, sehen sich auch verwitwete Frauen oder Frauen aus polygamen Gesellschaften, deren Ehemänner ihren familiären Versorgungspflichten nicht nachkommen, gezwungen, ihren Lebensunterhalt in der Stadt zu verdienen. Doch das wird ihnen nicht leicht gemacht. Zahlreiche Hindernisse stehen den Frauen im Weg, sich und ihre Familien ausreichend und ausgewogen zu ernähren und Armut zu überwinden.

Die Realität: schlechte Arbeit und niedrige Einkommen

Städtische Haushalte sind viel stärker von gekaufter Nahrung abhängig als ländliche. (→ **Unterschätzte Armut, Stadt-Land-Essen**) Somit steigt die Abhängigkeit von monetärem Einkommen und von den Chancen, es zu erwirtschaften. Frauen, die in Armut leben, sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer. Zahlen der Weltbank aus Dhaka, Bangladesch, weisen beispielsweise 25 Prozent Arbeitslosigkeit für arme Frauen und zehn Prozent für arme Männer aus (World Bank 2007). Benachteiligte Frauen gehören zu denen, die nur selten im formellen Sektor Beschäftigung finden, auch weil sie ihr Recht auf Bildung oft nicht realisieren können. Sie sind deshalb stärker als Männer auf den unsicheren informellen Sektor angewiesen und finden Arbeit nur als Kleinhändlerinnen und Straßenverkäuferinnen oder als Haushaltshilfen und Kindermädchen. Die monetären Einkommen, die sie erwirtschaften, sind gering, aber unverzichtbar für die Ernährung der Familien, auch in Haushalten, in denen beide Partner arbeiten. Immer mehr Haushalte in Lateinamerika, Subsahara-Afrika und vielen Ländern Asiens sind nicht nur von der unbezahlten Sorgearbeit, sondern eben auch von dem Geld abhängig, welches Frauen verdienen. Trotzdem müssen in vielen Fällen auch Kinder mitarbeiten und gehen folglich nicht zur Schule. In der Konsequenz bedeutet das, dass sie als Erwachsene genau wie ihre Eltern nur schlecht bezahlte ungelernte Arbeiten verrichten werden.

Doppelbelastung: „Beruf“ und Familie

Frauen sind häufig gezwungen, unter ungünstigsten Bedingungen zu arbeiten und sich gleichzeitig um Kinder und Haushalt zu kümmern. In der Stadt ist das oft schwieriger als auf dem Land. Dort nehmen Mütter ihre Kinder häufig auf die Felder mit, wenn sie in der

Landwirtschaft arbeiten. Erwerbsarbeit im urbanen Kontext erlaubt es Frauen häufig nicht, während der Arbeitszeit in der Nähe ihrer Kinder zu sein. Lange Wege von und zum Arbeitsplatz verschlimmern die Situation und erhöhen die Abhängigkeit von Kinderbetreuung, die häufig unzureichend ist (Mohiddin/Phelps/Walter 2012). Die häusliche Situation hindert Frauen daran, ihre Position auf dem Arbeitsmarkt, beispielsweise durch Qualifizierung, zu verbessern. Obwohl Frauen bereits den größten Teil des Tages arbeiten, leiden sie konstant unter Zeitmangel. Dieser Teufelskreis ist kaum zu durchbrechen, solange die Sorgearbeit vorwiegend auf den Schultern von Frauen lastet und gesellschaftlich nicht anerkannt, umverteilt und in Wert gesetzt wird.



Aufgrund fehlender Bildung arbeiten besonders Frauen oft im informellen Sektor wie diese Frau in Vietnam, die als Marktverkäuferin ihre Familie ernährt.

Hohe Lebenshaltungskosten

Das Leben in der Stadt, auch oder gerade in Slums, ist teuer. Die Kosten für Wohnung, Energie und Wasser sind, trotz unzureichender Qualität beziehungsweise Versorgung, häufig höher als auf dem Land. Jede Preiserhöhung, besonders für Lebensmittel, hat deshalb katastrophale Auswirkungen auf die Ernährungs- und Lebenssituation der betroffenen Menschen. Hohe Bevölkerungsdichte, die mit unzureichender Wasserversorgung und fehlender Hygiene einhergeht, führt zu gesundheitlichen Problemen, insbesondere bei mangelernährten Kindern. Gesundheitszentren sind häufig nicht am Ort, sodass ihr Besuch mit Transportkosten verbunden ist, die im häuslichen Budget nicht vorgesehen sind. Untersuchungen von UN-Habitat haben gezeigt, dass von Frauen geführte Haushalte, deren Zahl zunimmt, besonders unter den schlechten Wohn- und Lebensbedingungen in prekären Vierteln leiden (vgl. Women Watch o.J.).

Unsichere Wohnungen und abgelegene Toiletten erhöhen außerdem das Risiko für Frauen und Mädchen, sexualisierte Gewalt zu erfahren. Im Fall der Räumung von Slums sind sie von der dabei eingesetzten staatlichen Gewalt oft im besonderen Maße betroffen.

Auswirkungen auf die Ernährung

Die beschriebene Situation lässt nicht erwarten, dass Hunger und Mangelernährung in der Stadt weniger verbreitet sind als auf dem Land. In städtischen Haushalten lässt sich die Tendenz beobachten, dass der Verzehr der Nahrungsmittel, die eine hohe Energiedichte aufweisen, aber weniger Mikronährstoffe enthalten, zunimmt. Die Folge ist Mangelernährung, die sich sowohl als Übergewicht und Fettleibigkeit als auch als Unterernährung manifestieren kann (Mohiddin/Phelps/Walter 2012). Beide Formen haben negative Wirkungen auf die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Betroffenen.

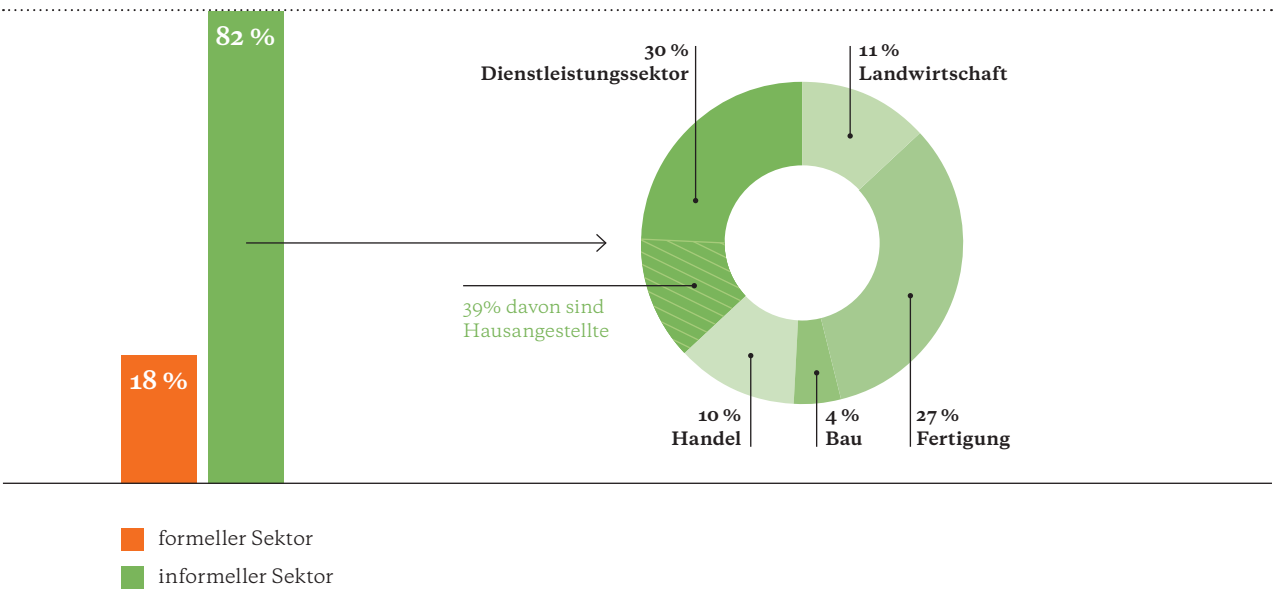
Kleine Wohnungen und Küchen in schlechtem baulichem Zustand, wie sie in Armenvierteln verbreitet sind, verbunden mit hohen Energiepreisen für Gas, Kerosin oder Brennholz lassen es oft nicht zu, dass in den Haushalten gekocht wird. Mahlzeiten werden auf der Straße gekauft, dort wo Lebensmittelsicherheit und Hygiene keine große Rolle spielen. Kommen dann noch schlechte Sanitär- und Hygienebedingungen in Slums hinzu, die der Gesundheit schaden, kann das dazu führen, dass die Nahrung vom Körper nur ungenügend

verwertet wird. Wenn gekocht wird, lässt das knappe Budget nur den Kauf kleiner Mengen von Lebensmitteln zu, obwohl der Kauf größerer Mengen insgesamt preisgünstiger wäre. Wegen der relativ hohen Preise wird Obst und Gemüse meistens gar nicht eingekauft. Viele Menschen, die in armen Verhältnissen leben, arbeiten in Stadtzentren, in denen keine preiswerten Mahlzeiten angeboten werden. Sie müssen in teuren Lebensmittel-läden oder Supermärkten möglichst preiswerte Produkte kaufen, die in der Regel ernährungsphysiologisch minderwertig sind. Je ärmer ein Haushalt ist – und frauengeführte Haushalte gehören zu den ärmsten – desto eher ernähren sich Menschen auf die beschriebene Weise, damit die Kosten für Nahrung möglichst gering gehalten werden können.

Politik für Frauenrechte

Die Lösungen liegen auf der Hand: Es braucht angemessenen Wohnraum, bessere soziale Infrastruktur und Dienstleistungen, ein sicheres und gewaltfreies Umfeld sowie ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten bei angemessener Bezahlung, damit Frauen und Mädchen die Potentiale, die Städte bieten, zu ihren Gunsten nutzen können. Regierungen und Stadtverwaltungen müssen die Rechte von Menschen, die am Rande der Städte leben, ganz grundsätzlich und insbesondere die Rechte von Frauen und Mädchen ernst nehmen und eine entsprechende Politik gestalten, die zur Geschlechtergerechtigkeit beiträgt.

Arbeitsverhältnisse von Frauen in indischen Städten 2011/12 (in Prozent)



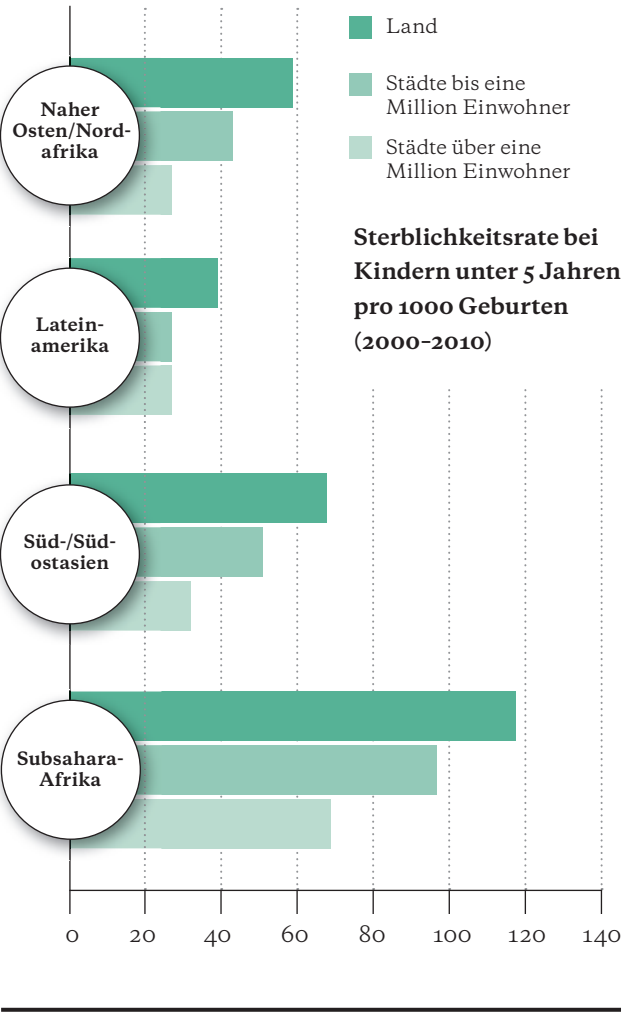
Quelle: WIEGO 2011

Armenviertel – Reichenviertel: Weshalb städtische Gesundheitsdienste für die gesamte Stadtbevölkerung sorgen müssen

Astrid Berner-Rodoreda

Gesundheit ist ein Menschenrecht. Es gilt unabhängig davon, wo Menschen leben. Ob jedoch Menschen zu gleichem Maße tatsächlich gesund leben (können), hängt von verschiedenen Faktoren ab, nicht zuletzt davon, wo sie wohnen und ob sie arm oder reich sind, welchen Bildungsstand sie aufweisen, wie die Infrastruktur aussieht und wie sie sich ernähren können.

Man würde meinen, auf dem Land führten frische Luft, mehr Bewegung, bessere Ernährung und weniger Umweltverschmutzung zu einem gesünderen Leben. Weltweite Statistiken zeigen jedoch, dass der Gesundheitszustand der Bevölkerung in den Städten oftmals besser ist als im ländlichen Bereich. Das hat Gründe: Städte haben mehr Ressourcen und weisen oft eine bessere Infrastruktur auf als der ländliche Raum, sodass es in der Regel in Städten Gesundheitseinrichtungen und medizinisches Personal, Apotheken und Beratungsdienste in erreichbarer Nähe gibt. Das sind günstige Bedingungen, um Gesundheitsdienste zu fördern und die Behandlung von Krankheiten zu erleichtern (vgl. WHO/UN HABITAT 2016). In vielen Gesundheitsbereichen erhalten Menschen auf dem Land nicht dieselbe Versorgung wie Menschen in der Stadt. So zeigt eine Studie aus dem Jahr 2013, die Daten aus 37 Ländern niederen und mittleren Einkommens erhoben hat, dass die Kindersterblichkeit in Städten mit über einer Million Einwohnern und Einwohnerinnen weitaus schneller zurückgegangen ist als auf dem Land oder in kleineren Städten.



Quelle: Fink/Hill 2013

Gesundheit in der Stadt

Mit zunehmender Urbanisierung fällt Städten eine größere Verantwortung zu, eine medizinische Infrastruktur zu schaffen, die die Vorsorge und Behandlung von Infektionskrankheiten wie auch von nicht übertragbaren Krankheiten wie Diabetes, Krebs, Herz-Kreislauf- oder Atemwegs-Erkrankungen leisten kann. Nicht übertragbare Krankheiten kommen auch außerhalb von Städten vor. Die vier Hauptrisikofaktoren für nicht übertragbare Krankheiten – ungesunde Ernährung, Alkohol- und Tabakkonsum sowie wenig Bewegung aufgrund sitzender Tätigkeiten und der Nutzung von motorisierten Transportmitteln – finden sich jedoch häufiger im städtischen Kontext wieder. In Indien sind beispielsweise Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebs die führenden Todesursachen in Städten (vgl. WHO/UN HABITAT 2016).



Krankenhäuser wie hier in Myanmar sind für Stadtbewohner oft leichter zu erreichen als für Menschen, die auf dem Dorf leben.



Wohnen in Manila/Philippinen: Diese Menschen leben direkt neben einem Abwasserkanal.

Aber auch Infektionskrankheiten sind in den Städten weit verbreitet, denn wo Menschen auf engem Raum leben, können sich Krankheiten wie Tuberkulose leicht ausbreiten. Auch HIV und sexuell übertragbare Krankheiten kommen in Städten weitaus häufiger vor als auf dem Land. Laut einer Erhebung von UNAIDS leben in 200 Städten, die zusammen zehn Prozent der Weltbevölkerung aufweisen, ein Viertel aller HIV-Positiven weltweit (vgl. UNAIDS 2014). Die HIV-Prävalenzraten unter Sexarbeitenden, Drogennutzenden und Männer, die Sex mit Männern haben, sind in Städten ebenfalls höher.

Aber Städte haben auch mehr Ressourcen, mit dieser Situation umzugehen und entsprechende Informations- und Gesundheitsdienste, Medikamente und Diagnostika verfügbar zu machen. In Subsahara-Afrika finden sich oft mehr als 90 Prozent der HIV-Dienste in den Städten. UNAIDS setzt bei der Strategie, bis 2030 ein Ende von Aids herbeizuführen, sehr stark auf Städte und Stadtverwaltungen. Durch den Ausbau von Gesundheitsdienstleistungen in der Prävention wie auch in der Behandlung, durch mehr Aufklärung, besseren Zugang zu Ernährung und HIV-Behandlung konnte beispielsweise im Großraumbereich des südafrikanischen Durban die Mutter-Kind-Übertragung des Virus auf unter ein Prozent gesenkt werden (UNAIDS 2014).

Städte sind jedoch keine homogenen Gebilde – der Gesundheitszustand von Menschen, die in der Stadt leben,

hängt stark davon ab, wo und unter welchen Bedingungen sie leben. In Nairobi waren 2008/2009 zwölf Prozent der Menschen in den Slums HIV-positiv, während in den übrigen Stadtteilen Nairobis die Rate bei fünf Prozent lag (vgl. UNAIDS/UN HABITAT 2015). Alkoholismus, Gewalt gegen Frauen, auch sexuelle Gewalt, sind in den Slums oft weit verbreitet, was Frauen besonders vulnerabel für eine HIV-Infektion macht. Schlechte Ernährung und ein dadurch geschwächtes Immunsystem tragen zu einer größeren Anfälligkeit für Infektionskrankheiten bei. Wenn gleichzeitig durch eine Erkrankung das Einkommen nicht mehr gesichert ist, entsteht ein verhängnisvoller Kreislauf.

Soziale Ungleichheit auf engstem Raum

Die Infrastrukturentwicklung konnte in der Vergangenheit mit den rasanten Urbanisierungsprozessen oft nicht Schritt halten. Zudem sehen sich die städtischen Verwaltungen häufig nicht in der Verantwortung, eine angemessene Infrastruktur aufzubauen, weil informell siedelnde Menschen formal gesehen außerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs leben. Die städtischen Verwaltungen können meist aufgrund begrenzter Planungs- und Managementressourcen die notwendigen Dienstleistungen nicht erbringen oder auf Veränderungsbedarfe nicht hinreichend reagieren. Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) hat 2007 die Situation von Menschen, die in informellen Siedlungen leben, folgendermaßen beschrieben:

„Die arme städtische Bevölkerung und besonders, aber nicht ausschließlich, die BewohnerInnen informeller Siedlungen sind großen Herausforderungen ausgesetzt: Umweltrisiken, schwierige Wohnverhältnisse, keine adäquate Wasserversorgung oder sanitären Anlagen und ein sehr eingeschränkter Zugang zu Basisdiensten. Dies führt dazu, dass die BewohnerInnen viel Zeit damit verbringen, für ihre Grundbedürfnisse und die ihrer Angehörigen zu sorgen.“ (UNFPA 2007)

Fast zehn Jahre danach hat sich an dieser düsteren Zustandsbeschreibung nicht viel geändert. Viele Großstädte im globalen Süden geben ein widersprüchliches Bild ab: dort die „Reichenviertel“, deren Bewohner und Bewohnerinnen es an nichts mangelt, hier die „Armenviertel“, in denen es an allem mangelt, was Menschen brauchen, um eine Perspektive für sich und ihre Familien entwickeln zu können. Den Menschen Zugang zu angemessener Basisinfrastruktur einschließlich angemessener Ernährung zu verschaffen, ist eine erhebliche Herausforderung. Vor allem im Gesundheitssektor verstetigt der ungleiche Zugang zu Gesundheitsdiensten die Ungleichheit der Lebensbedingungen, denn in vielen Städten finden sich Gesundheitsdienste und

Krankenhäuser eher in den Stadtteilen, in denen die Menschen ein mehr oder weniger geregeltes Einkommen haben. Diese Einrichtungen sind – allein schon wegen der weiten Wege – von Menschen, die in den Außenvierteln leben, kaum erreichbar. Auch können sich viele Menschen eine Behandlung schlicht nicht leisten. Krankenversicherungen sind häufig auf Beitragsbasis organisiert (die viele Menschen nicht aufbringen können), und finanzielle Mittel für direkte Zahlungen an Gesundheitsdienste stehen oft nicht zur Verfügung. So vermeiden insbesondere in Armut lebende Menschen das Aufsuchen von Gesundheitseinrichtungen, bis sich ihr Zustand so sehr verschlechtert hat, dass sie keine Wahl mehr haben. Die Kosten für die dann notwendigen Behandlungen sind zu diesem Zeitpunkt meist um ein Vielfaches angestiegen, sodass deren Zahlung unter Umständen nicht möglich ist. Hinzu kommt, dass das für eine gesunde Ernährung notwendige Einkommen dann noch weiter reduziert ist, was wiederum die Krankheitsanfälligkeit erhöht.

Hohes Gesundheitsrisiko in informellen Siedlungen

Nicht selten liegen informelle Siedlungen wie Slums in der Nähe von Müllhalden und beeinträchtigen damit zusätzlich die Gesundheit der Menschen, die in oft notdürftigen Häusern wohnen. Sie sind Wind und Wetter ausgesetzt und auch stärker von Naturkatastrophen wie Überflutungen betroffen. (→ **Gutes Klima in der Stadt**) Auch das Anlegen von eigenen kleinen Gärten, um Nahrungsmittel zur Selbstversorgung anzubauen, ist meist in den eng bewohnten Siedlungen nur schwer möglich. Maximal lassen sich in Autoreifen oder dergleichen hier und da Nutzpflanzen anbauen. Oft sind die Menschen deshalb gezwungen, ihr wenig Einkommen für teure Nahrungsmittel auszugeben, was den Zugang zu gesunder Ernährung einschränkt und somit weitere negative Auswirkungen auf die Gesundheit hat. Menschen, die in Armut leben, sind häufiger unter- oder stark mangelernährt.

Der Zugang zu Wasser und zu Sanitäranlagen stellt in informellen Siedlungen ein großes Problem dar. Weil die städtische Wasserversorgung in den infrastrukturell vernachlässigten Siedlungen nicht greift, muss Trinkwasser und Wasser zum Kochen von privaten Anbietern gekauft werden. (→ **Konkurrierende Interessen**) Toiletten befinden sich, wo sie existieren, meist weit weg von den Häusern, werden von Dutzenden von Haushalten benutzt und stellen vor allem nachts für Frauen ein weiteres Risiko dar, auf dem Weg zu den Toiletten sexueller Gewalt ausgesetzt zu sein. In manchen Siedlungen muss für die Benutzung der Toiletten gar Geld bezahlt werden.

Häufig gibt es auch keine organisierte Abfallentsorgung und keine Kanalisation. Unrat und Abwässer werden auf die Straße gekippt. Sauberes Wasser zum Waschen oder Kochen steht selten zur Verfügung. Die Verunreinigung durch Fäkalien ist ein Grund für hohe Raten an Durchfallerkrankungen, Wurmerkrankungen, Typhus und Cholera. Besonders Kinder leiden oft unter Durchfallerkrankungen und können dann Nährstoffe aus der Nahrung kaum aufnehmen, was wiederum zu Mangelernährung führt.

Wenn Gesundheitsrisiken und Armut zusammenkommen, verschlechtern sich die Lebensbedingungen. Die fortgesetzte soziale Ungleichheit in Städten kann dazu beitragen, dass sich Krankheit und Epidemien schnell ausbreiten und vor allem die besonders anfälligen Menschen in den armen Siedlungen unverhältnismäßig stark treffen. Ausreichendes Einkommen, um sich gesund und ausgewogen zu ernähren, steht häufig nicht zur Verfügung, weil auch die staatlichen Sozialprogramme die arme städtische Bevölkerung kaum erreichen. (→ **Unterschätzte Armut in der Stadt**) Das ist umso tragischer, als dass die Voraussetzungen in der Stadt grundsätzlich gegeben sind, um zum Beispiel die Ausbreitung hoch ansteckender Krankheiten in den Griff zu bekommen und die Erkrankten zu behandeln. Das wird auch im Globalen Gesundheitsbericht von WHO und UN Habitat betont. Doch der Bericht zeigt eben auch, dass insbesondere Menschen, die in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht von den Errungenschaften einer gut funktionierenden Stadt-Gesellschaft ausgeschlossen werden, im hohen Maße dem Risiko ausgesetzt sind, krank zu werden.

Was ist nötig?

Durch besseren Zugang zu Information, fundierte Aufklärung, Prävention und Behandlung, durch eine ausgewogenere Ernährung und bessere sanitäre Anlagen wie auch Wohnverhältnisse kann die Gesundheit der Bevölkerung in informellen Siedlungen deutlich verbessert und das Leben von Menschen, die von Krankheiten betroffen sind, durch frühzeitige Behandlung erhalten werden. Dies setzt jedoch voraus, dass die betroffenen Städte und Länder bereit sind, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die auch den Ausbau von Dienstleistungen, den Zugang zu angemessener und gesunder Ernährung und eine bessere Infrastruktur in informellen Siedlungen mit einschließt. Ganz grundsätzlich wird es in Zukunft darum gehen, Gesundheitsdienstleistungen und andere soziale Dienstleistungen näher an die Menschen zu bringen, die diese benötigen. Dies schließt auch all diejenigen Menschen ein, die nicht im Zentrum der Städte leben.

Konkurrierende Interessen – Wie kann die Wasserbewirtschaftung in der Stadt gerechter werden?

Andrea Müller-Frank



Wassertransport in Goma, einer Stadt im Osten der Demokratischen Republik Kongo

Weltweit liegt rund die Hälfte aller Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern in Gebieten, die von Wasserknappheit betroffen sind. Im Jahr 2050 wird mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung in Regionen leben, die unter starken Wasserstress leiden, das heißt in denen die Wasserentnahme das Angebot um 50 Prozent übersteigt (HLPE 2015). Die wachsenden Städte mit Wasser zu versorgen, stellt Regierungen und Stadtverwaltungen vor große Herausforderungen: Sie müssen Wasser- und Abwasserversorgungswege vorausschauend planen, dabei für eine gerechte und nachhaltige Ressourcenbewirtschaftung sorgen und Armut bekämpfen.

Neben dem Bevölkerungswachstum treiben veränderte Konsummuster und Lebensstile der städtischen Bevölkerung sowie industrielle Produktionsweisen und Energieerzeugung den Wasserverbrauch bereits heute so sehr an, dass die Grenzen der nachhaltigen Wassernutzung vielerorts bereits überschritten sind. Zu befürchten sind gravierende Nutzungskonkurrenz und Konflikte um Wasser, wie sie sich aktuell abzeichnen. Reiche Privathaushalte und Industrien, darunter nicht nur

Getränkefirmen, sondern auch Industrien, die wasserintensive Exportprodukte herstellen, setzen ihren Zugang zum Wasser politisch und finanziell durch. Ökonomisch schlechter gestellte Bevölkerungsgruppen leiden bereits heute unter prekärer Trinkwasser- und Sanitärversorgung. Vielerorts gibt es nur wenige Stunden am Tag Zugang zu Wasser, und viele Menschen sind auf den Gebrauch verunreinigter Bewässerungsquellen zur Erzeugung von Grundnahrungsmitteln angewiesen. Sie sind den dadurch entstehenden Gesundheitsrisiken direkt ausgesetzt. Wird hier nichts unternommen, wird weltweit die Gefahr von Epidemien und Zerstörung von ganzen Ökosystemen proportional zum Wachstum der Städte zunehmen.

Nicht nur die innerstädtische Konkurrenz um Wasser zwischen reichen und armen Stadtvierteln, sondern auch zwischen dem urbanen und dem ländlichen Raum – zwischen den verschiedenen wasserverbrauchenden Sektoren Landwirtschaft, Industrie und Privathaushalte – wird stetig steigen. Sie erfordern daher heute dringend Aufmerksamkeit und politisches Handeln entlang der gesamten Wassernutzungskette.

Grund zur Sorge: der wachsende Wasserfußabdruck der Städte

Der direkte städtische Wasserbedarf macht in den meisten Ländern heute noch weniger als 20 Prozent der gesamten Wasserentnahme aus. Dennoch steht die urbane Wasserversorgung vor großen Herausforderungen: Viele Städte wie Mexiko City, Bangkok, Manila, Peking, Neu Delhi und Shanghai haben ihre umliegenden Vorräte an Oberflächenwasser und unterirdischen Quellen bereits aufgebraucht. Aufgrund der starken Grundwasserentnahme senken sich Böden ab. In Küstenregionen führt diese dazu, dass Salzwasser in die unterirdischen Wasserläufe (Aquifere) eindringt und das Grundwasser brackig und damit für den menschlichen Konsum und für die Zubereitung von Nahrung nahezu unbrauchbar wird. Auch versickert viel Wasser in beschädigten Wasserleitungen – schätzungsweise macht dies bis zu 50 Prozent aus.

Derzeitige Wachstumsprognosen sagen voraus, dass der weltweite Wasserbedarf nach aktueller Trendentwicklung bis 2050 um weitere 55 Prozent steigen wird. Dabei wird der Löwenanteil auf den Anstieg der virtuellen Wasserentnahme der wachsenden Städte im globalen Süden fallen. Anders gesagt: Die Fertigung von Industrieprodukten (+ 400 Prozent) und die Erzeugung von Energie (+ 140 Prozent) übersteigen die Zunahme des direkten Wasserbedarfs der Haushalte (+ 130 Prozent) (vgl. HLPE 2015). Bei dieser Hochrechnung der OECD wurden jedoch nicht die Wachstumstrends des virtuellen Wasserbedarfs eingerechnet, der benötigt wird, um Nahrungsmittel zu produzieren. Die Welternährungsorganisation FAO und der Weltklimarat der Vereinten Nationen gehen von einer Ausweitung der Bewässerungslandwirtschaft im Kontext des zunehmend unbeständiger werdenden Wetters aus (vgl. HLPE 2015). Zudem geht die fortschreitende Verstädterung einher

mit einem veränderten Ernährungsverhalten: Die Nachfrage nach Erzeugnissen, die im Anbau sehr wasserintensiv sind wie Fleisch, Zucker und Reis, aber auch Gemüse und Früchte, wird größer. Insbesondere die Erzeugung von Hühner-, Schweine- und Rindfleisch bedarf sehr viel mehr an Wassermengen pro Kalorie als pflanzliche Produkte. Während die Landwirtschaft mit 70 Prozent der Wasserentnahmen der größte Wasserkonsument weltweit ist, werden der Fleischproduktion schon heute ein Drittel der weltweiten Wasserentnahmen zugeschrieben, Tendenz steigend (CFS 2015).

Die Politik ist mit der Herausforderung konfrontiert, die unterschiedlichen Verbraucherrechte sowie die ökologischen und wirtschaftlichen Faktoren bei der Bewirtschaftung der Wasserressourcen miteinander in Einklang zu bringen. Nur so lassen sich Rahmenbedingungen schaffen, die verhindern, dass das Wachstum der Städte in Zukunft nicht auf Kosten der ländlichen Bevölkerung geht und zu extremer Ungleichheit führen wird. Der Landwirtschaft fällt hierbei die Rolle des Schlüsselsektors zu. Es wird nicht nur darauf ankommen, für eine effizientere Bewirtschaftung des Wasserverbrauchs, sondern auch für ökologisch und sozial angepasste Anbaumethoden und Ökosystemdienstleistungen zu sorgen, um lokale Wasserkreisläufe zu bewahren und wiederherzustellen. Aus menschenrechtlicher Sicht müssen die existenziellen Zugangsrechte zu Wasser und auf gesunde und kulturell angepasste Nahrung in der Nutzungshierarchie und Planung der Stadt-Land-Beziehungen berücksichtigt werden. Dabei müssen auch die internationalen Verflechtungen der Wasserausbeute vor Ort in den Blick und in die Verantwortung genommen werden. Die aktuelle Situation in Brasilien ist ein Beispiel für diese Versorgungsproblematik, bei der die Privathaushalte gegenüber den Interessen starker Industriezweige und Exportlandwirtschaft den Kürzeren ziehen.

Wasserkrise in Brasilien

Was haben die Wasserreservoirs Cantareira, Paraíba und Serra Azul der Millionenmetropolen São Paulo, Rio de Janeiro und Belo Horizonte gemeinsam? Um diese Städte herum ist der Großteil der ursprünglichen Baumvegetation gerodet, um agroindustrialen Bewirtschaftung Platz zu machen – mit erheblichen Auswirkungen für den Wasserhaushalt der ganzen Region im brasilianischen Südosten: Der Boden verliert seine Wasserspeicherfähigkeit, sodass Flüsse bei Starkregen schneller anschwellen, die Wassermassen gen Meer fließen und die unterirdischen Aquifere dadurch weniger Zufluss haben. Die Wasserreservoirs dieser Städte stehen heute auf ihren historischen Tiefständen. Die Krise betrifft rund 77 Millionen Menschen.

Während die gut situierten Haushalte bisher nicht beeinträchtigt sind, da sie ihre Versorgung über eine gesicherte Grundwasserversorgung speisen, nehmen die Proteste gegen Wasserrationalisierungen und Strafzahlungen für Privathaushalte in den ärmeren Stadtteilen der betroffenen Städte zu. Zu lange wurden den Großkunden der Industrie und Landwirtschaft Sonderkonditionen gewährt: Zwischen 2005 und 2014 ist deren Zahl von acht auf 526 Firmen, die zusammen 25 Milliarden Liter Wasser verbrauchten, gestiegen. Das ist eine Vervielfachung beim Wasserverbrauch um das 92-fache.



Und auch Deutschland ist Teil der brasilianischen Wasserprobleme: Allein für die Produktion der aus Brasilien und Argentinien importierten Sojabohnen, die in die Futtermittelproduktion der Fleischindustrie gehen, werden jährlich zweieinhalb Billionen Liter Wasser verbraucht. Um diese Menge Wasser zu transportieren, würden fast 38 Millionen Frachtcontainer benötigt. Verladen auf einen Güterzug, würde dieser mit einer Länge von mehr als einer halben Million Kilometer die Erde 13 Mal umspannen. Um der Problematik zu begegnen schlägt die UN deshalb ein globales Zertifizierungssystem vor, das vorsieht, Wasserexporte aus Regionen mit Wasserstress nicht zu exportieren (UN 2015).

Prekäre Trinkwasser- und Sanitärversorgung am Rande der Gesellschaft

In zahlreichen afrikanischen Städten, konstatiert der World Water Development Report 2015 der Vereinten Nationen, verschlechterte sich zwischen 1990 und 2012 die Trinkwasser- und Sanitärversorgung: Bei Trinkwasser ist die Versorgungsrate von 42 Prozent auf 34 Prozent gefallen; im Sanitärbereich sind die Ziffern noch prägnanter: 40 Prozent mehr Menschen als 1990 haben zwölf Jahre später keinen Zugang zu Toiletten und Abwassersystemen. Das Problem ist die Versorgung an den Rändern und in informellen Wohngebieten. Die öffentliche Wasserversorgung reicht hier zumeist nicht oder ist nur mangelhaft, sodass unabhängige Kleinunternehmer diese Lücke füllen. Die betroffene Bevölkerung zahlt damit signifikant höhere Preise für eine unzulängliche Wasserversorgung, ohne dass Reglementierungsmechanismen für die Qualität des Wassers und seine Verfügbarkeit greifen. Die Krise verschärft sich zudem, weil die Kosten und Schwierigkeiten zur Bereitstellung von Dienstleistungen im Sanitärbereich stetig wachsen. Vor allem Frauen beeinträchtigt der mangelhafte Zugang zu Sanitäreinrichtungen stark.

Obwohl im Rahmen der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) weltweit rund zwei Milliarden Menschen eine „verbesserte Trinkwasserversorgung“ erhielten, weisen die Weltgesundheitsorganisation und das Kinderhilfswerk UNICEF im Bericht 2014 zu Wasserstress und Ernährungssicherheit darauf hin, dass bislang zu wenig auf die Wasserqualität geachtet wurde und darauf, ob besonders vulnerable Gruppen in den städtischen Wohngebieten der armen Bevölkerung einen angemessenen Zugang zu Wasser haben. Mit den nachhaltigen Entwicklungszielen der Agenda 2030 soll sich das ändern. Auch wenn hier nach wie vor der explizite Bezug auf die Menschenrechte fehlt, so richtet sich Ziel 6.1 auf die universelle und gleichberechtigte Trinkwasserversorgung, und Ziel 6.2 fordert die besondere Beachtung der Bedürfnisse von Frauen und vulnerablen Gruppen bei



Bauer Chandana Kumare hat das Bewässerungssystem für seine Papaya- und Bananenbäume nahe der Stadt Ambalantota, Sri Lanka, selbst gebaut.

der Bereitstellung von Hygiene und Sanitärversorgung für alle. Die internationale Staatengemeinschaft hat mit Ziel 6b zudem die Förderung von Beteiligungsmechanismen für die Mitsprache von Empfängerinnengruppen bei öffentlichen Entscheidungen im Wasserssektor als Querschnittsthema integriert. Dies ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, denn die effektive Mitsprache der Betroffenen ist eine Grundvoraussetzung für die Verankerung des Menschenrechts auf Wasser und Sanitärversorgung und die Etablierung von Kontrollmechanismen gegenüber Politik und Verwaltung. Zu verzeichnen ist außerdem ein Trendwechsel weg von Privatisierung hin zu Rekommunalisierung der Wasserversorgung. Zwischen 2010 und 2015 wurden in 37 Ländern 235 Fälle dokumentiert, bei denen Kommunen ihre Verträge mit privaten Wasserunternehmen aufgrund ausbleibender Effizienzsteigerungen, Zunahme der Finanzierungslücken im Versorgungsnetz und Steigerung der Verbraucherpreise aufkündigten (Kishimoto/Lobina/Petitjean 2015).

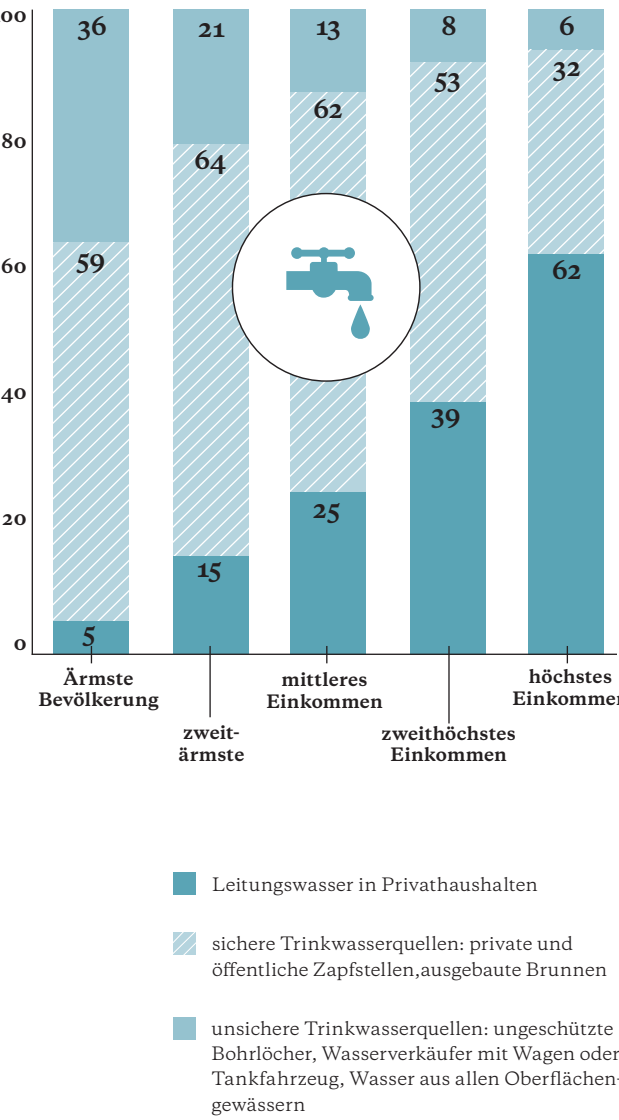
Integriertes Land- und Abwassermanagement

Aufgrund der Ausdehnung der Städte (→ *Nimmersatte Megastädte*) rückt die landwirtschaftliche Produktion immer näher an die Metropolen heran. Nach UN Habitat befinden sich etwa 60 Prozent der bewässerten Landwirtschaft und rund 35 Prozent der Regenwasser-Landwirtschaft in einem Umkreis von 20 Kilometern zu urbanen Zentren (CFS 2016). Daher sollte diese peri-urbane Landwirtschaft in städtischen Entwicklungsplänen eine Aufwertung erfahren; hier bietet sich auch die Integration von Land- und Abwassermanagement an (Hettiarachchi/Ardakanian 2016). Generell können 70 Prozent des Abwassers aus städtischen Haushalten recycelt werden. Dieses sogenannte Grauwasser kann für die Landwirtschaft, aber auch für die Energieproduktion genutzt werden. Die meisten Städte in Afrika, Asien und Lateinamerika verfügen jedoch nicht über ein flächendeckendes Abwassersystem mit Kläranlagen, sondern leiten das Wasser mehr oder weniger unkontrolliert in die nächstgelegenen Bäche, Flüsse und Lagunen. Dieses Abwasser kann Krankheitserreger, Würmer, Bakterien, Viren, Salze, Schwermetalle und Gifte enthalten. Daher ist das Brauchwasser der Städte eine verlorene Ressource, welches die Umwelt verschmutzt und die menschliche Gesundheit bedroht. Gleichzeitig nutzen Kleinbauern aufgrund mangelnder Alternativen diese halb- oder ungeklärten Abwässer zur Bewässerung landwirtschaftlicher Flächen (HLPE 2015). Die Gefahren für die Ökosysteme, Land-, Fischerei- und Forstwirtschaft sind hoch. Zum anderen bietet die Abwasseraufbereitung gerade in wasserarmen Gebieten eine wichtige Ressource, die zur Förderung von Nährstoffkreisläufen, zur Reduzierung von Schadstoffen in der Umwelt und zur Ernährungssicherung beitragen kann.

Einige dieser Probleme sind in den Indikatoren der SDGs aufgenommen worden, so etwa die Instandhaltung und Qualität der Versorgungsquellen. Weitere Ziele beschäftigen sich mit der Wiederaufbereitung von Brauchwasser und der Halbierung der ungeklärten Abwasser weltweit (6.3.), Reduzierung von Wasserknappheit durch signifikante Steigerung der Nutzungseffizienz in allen Wasser verbrauchenden Sektoren (6.4.), integriertes Management grenzüberschreitender Wassereinzugsgebiete (6.5.) und Schutz und Wiederherstellung natürlicher Wassersysteme (6.6). Im Schatten des urbanen Wachstums werden sich die neuen Wasserentwicklungsziele daran messen lassen müssen, ob sie die Mängel ihrer Vorgänger, der MDGs, wettmachen. Dafür müssen internationale Bemühungen heute verstärkt den Trinkwasserzugang, die Sanitärversorgung sowie die landwirtschaftlichen Bewässerungspraktiken der besonders verletzlichen Bevölkerungsgruppen in den städtischen Randgebieten sowie die sensiblen Stadt-Land-Bezieh-

ungen in den Blick nehmen. Die Wasserbewirtschaftung muss sich sektorenübergreifend, im städtischen und ländlichen Raum, an den Rechten der verschiedenen Bevölkerungsgruppen ausrichten. Das erfordert, entsprechende Strukturpolitiken, Infrastruktur und Kontrollinstanzen unter Beteiligung der betroffenen Bevölkerungsgruppen und Zivilgesellschaft zu fördern. Auch die internationalen Verflechtungen und Verantwortlichkeiten hinter der lokalen Wasserausbeute müssen aufgedeckt und beendet werden – insbesondere in der Exportlandwirtschaft. Nur so wird verhindert werden können, dass die weltweite Ausbreitung der Städte und ihr wachsender Wasserverbrauch auf Kosten von Umwelt, Gesundheit und der Rechte von Menschen geht.

Zugang zu Trinkwasser nach Einkommen in Städten in Subsahara-Afrika (in Prozent)



Quelle: UN 2012

Gutes Klima in der Stadt? Warum Klimamaßnahmen Gefahr laufen, soziale Ungleichheit zu zementieren

Eike Zaumseil

Vor allem in den rasant wachsenden Megastädten und urbanen Zentren Afrikas und Asiens stellen sich Fragen von Klimaschutz und Klimaanpassung oft im Kontext elementarer Armutsprobleme, Versorgungs- und Infrastrukturdefizite und schlechter Regierungsführung. Die Forderung nach einer lebenswerten, grünen und klimafreundlichen Stadt lässt sich gut mit den Modernitätsvorstellungen städtischer Eliten in Einklang bringen. Dagegen steht die unbequeme Wahrheit, dass die Auswirkungen des Klimawandels weniger der zunehmenden Unberechenbarkeit der Natur geschuldet sind als vielmehr einer Stadtentwicklung, die große Teile der armen Bevölkerung schlichtweg ignoriert.

Viele Kommunen sind unfähig oder unwillig, für eine rechtliche Absicherung von Wohnraum und sicheres Wohnen zu sorgen. Auch der Zugang zu Gesundheits-, Sanitär- und Bildungseinrichtungen bleibt vielen Menschen verwehrt. Die globale Klimaungerechtigkeit tritt so gesehen in Städten besonders deutlich zutage. Während die Konsumgewohnheiten der urbanen Mittel- und Oberschicht in gut geschützten Stadtvierteln das Klima kräftig anheizen, leben immer mehr Menschen in informellen Siedlungen oder Armenvierteln, wo sie den zunehmenden Extremwetterereignissen besonders stark ausgesetzt sind – sei es, weil sie in Hochrisikogebieten wie Flussläufen oder erdrutschgefährdeten Berghängen siedeln oder weil sie nicht im Fokus von städtischer Infrastruktur und Katastrophenschutz stehen. Ihre Anpassungsfähigkeit sowie auch ihr Beitrag zum Klimawandel sind aufgrund ihres durch Armut geprägten Lebensstils meist sehr gering.

Informalität als Klimarisiko

„Städte sind die Orte, an denen der Kampf um Nachhaltigkeit gewonnen oder verloren wird“, hat UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon gesagt. Genauer gesagt sind es die ausufernden Slums, die dichtgedrängten informellen Barackenviertel in gefährlichen Wohnlagen, in denen jedes Jahr Millionen von Migranten und Migrantinnen Zuflucht vor der Perspektivlosigkeit und Armut im ländlichen Raum suchen. Das ungebremsste Wachstum der Städte ist vor allem ein Wachstum informeller Wohnsiedlungen, die zwar in keinem städtischen Register verzeichnet sind, in denen aber oft schon mehr als die Hälfte der Städter und Städterinnen leben. Die Menschen dort leiden nicht nur unter schlechten Lebensbedingungen, sondern auch unter der Tatsache,

dass sie keine Stimme als Bürgerinnen und Bürger haben und von politischen Prozessen damit faktisch ausgeschlossen sind. 2030 werden es zwei Milliarden sein.

Solange all diese Menschen keine Teilhabe an städtischen Dienstleistungen und Entscheidungsstrukturen erhalten, wird auch der Kampf gegen die Folgen des Klimawandels wenig erfolgreich sein. Nicht selten werden Klimaanpassungsmaßnahmen sogar zur Bedrohung für Menschen, die in Armut leben, wenn diese aus Mangel an Alternativen in Pufferzonen an Flussläufen oder Küstenzonen siedeln, die für technische Schutzmaßnahmen von besser gestellten Stadtteilen benötigt werden. Für den Bau neuer Dämme und Entlastungskanäle müssen oft ganze Siedlungen weichen. In vielen Fällen werden die Betroffenen nicht informiert oder angehört, meist gibt es für sie auch keinerlei Entschädigung. Falls Umsiedlungen stattfinden, liegen die ausgewiesenen Gebiete oft weit entfernt vom Stadtzentrum, was die Mobilität der Bewohnerinnen und Bewohnern nicht nur aus finanzieller Sicht einschränkt. Nicht selten wird das Argument der Klimaanpassung auch als Vorwand missbraucht, sich informeller Siedlungen aus wirtschaftlichem Kalkül zu entledigen, damit auf kostbarem städtischem Bauland neue Wohn- und Gewerbequartiere für die Mittel- und Oberschicht geschaffen werden können (Schauber 2014).

Bislang sind es nur wenige Entwicklungsorganisationen, darunter das katholische Hilfswerk Misereor, die diese neuen Konfliktlinien zwischen Klimaanpassung, Landnutzung sowie Wohn- und Bleiberechten der armen Bevölkerung auf die internationale Agenda bringen. Gemeinsam mit Basisorganisationen und politischen Netzwerken von informell Siedelnden haben sie sich im Vorfeld der HABITAT-Konferenz unter anderem dafür eingesetzt, dass menschenrechtliche Bestimmungen im Falle von unvermeidbaren Umsiedlungen und insbesondere das Verbot gewaltsamer Vertreibungen ein Kernbestandteil der New Urban Agenda (→ *Habitat III*) werden (Misereor 2016). Sowohl in dem Haupttext der neuen Stadtagenda als auch in den Abschnitten zur Implementierung finden sich Bezüge zur Realisierung der Menschenrechte weltweit und für alle. Bleibt zu hoffen, dass diesen Verpflichtungen auch die notwendigen Entscheidungen und Umsetzungen folgen.



Taifun Haiyan zerstörte im November 2013 fast die ganze Stadt Tacloban auf Leyte, Philippinen.

Wider die Unsichtbarkeit

Wie aber lassen sich notwendige Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel mit den Interessen von informell Siedelnden in Einklang bringen? Ein großes Hindernis besteht darin, dass viele Kommunen keine Informationen über die genaue Lage, Bevölkerungsstärke und Gefährdungssituation informeller Stadtquartiere haben. Doch genau dieses Wissen ist wichtig, um eine armutsorientierte Bedarfsplanung für städtische Serviceleistungen oder Schutzmaßnahmen in die Wege zu leiten. Dabei würde oft schon ein besserer Kontakt zwischen Stadtverwaltungen und informell Siedelnden Abhilfe schaffen. Das zeigen Beispiele aus informellen Quartieren, in denen das Versagen der öffentlichen Akteure durch die kreative Selbstorganisation der Bewohner und Bewohnerinnen zumindest teilweise ausgeglichen wird. Basisgruppen verfügen dort meist über detaillierte Karten ihrer Stadtviertel, versehen mit aktuellen Informationen über die Einwohnerzahl, Größe sowie die genaue Lage von Häusern, Schulen oder Sanitäreinrichtungen. Nicht selten haben sie auch Klimarisikooanalysen durchgeführt. „Know Your City“ (Kenne deine Stadt) ist das Motto einer Initiative des Internationalen Verbands der Slumbewohner und Slumbewohnerinnen (Shack/Slum Dwellers International), die in vielen Städten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas informelle Siedlungen dokumentiert und damit sichtbar macht. Ziel ist es, das lokale Erfahrungswissen zur Grundlage für partizipative Ansätze bei der Aufwertung ihrer Siedlungen zu machen und Alternativen für Umsiedlungen aufzuzeigen.

In zahlreichen Städten gibt bereits Beispiele von erfolgreicher Kooperation zwischen der Stadtverwaltung und informell Siedelnden. So zum Beispiel haben in Kampala, der Hauptstadt Ugandas, Karten und Informationen lokaler Selbsthilfegruppen zu einer veränderten Schwerpunktsetzung und erheblichen Ausweitung eines

Entwicklungsprojekts zur Verbesserung der sanitären Grundversorgung geführt. Ein Vergleich mit den offiziellen Daten eines 13 Jahre alten Zensus, der anfangs die Grundlage für die Planung bildete, hatte erhebliche Unterschiede in Bezug auf die tatsächliche Ausdehnung von Armenvierteln deutlich gemacht. Das Projekt konnte dadurch besser an die Realitäten vor Ort angepasst werden (Dobson/Nyamweru/Dodman 2015). Mit Hilfe gemeinschaftsbasierter Entwicklungsfonds können die Bewohner und Bewohnerinnen die Aufwertung oder Klimaanpassung ihrer Quartiere auch selbst in die Hand nehmen. Solche Fonds basieren auf den Einlagen lokaler Spargruppen, die unter Umständen durch private oder staatliche Entwicklungs- oder Klimagelder aufgestockt werden können. Zwar sind die Budgets oftmals bescheiden, aber auch kleine Veränderungen können große Wirkung entfalten. So zum Beispiel kann der Bau kleiner Straßen oder Brücken, die eine informelle Siedlung an das städtische Verkehrsnetz anbinden, im Katastrophenfall als Fluchtweg dienen. Der Erfolg eines selbstverwalteten Projekts erzeugt zudem immer auch öffentliche Aufmerksamkeit für die Kapazitäten der Menschen in informellen Stadtquartieren. Sie bilden damit nicht selten den Anstoß für eine bessere Zusammenarbeit mit den Behörden.

Partizipative Ansätze dürfen jedoch nicht nur ein Instrument für das Krisenmanagement sein, das die Lokalregierungen aus ihrer Verantwortung entlässt, Städte grundlegend gerechter zu gestalten und arme städtische Bevölkerung sowie informell Siedelnde gleichberechtigt in alle Wirtschaftsprozesse zu integrieren. Die dafür notwendigen regulativen Eingriffe, etwa mit Blick auf aggressive Immobilienmärkte und eine gerechte Ressourcenverteilung, gestalten sich jedoch angesichts der weltweit voranschreitenden Privatisierung von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen immer schwieriger. Auch hier muss die New Urban Agenda einen grundlegenden Kurswechsel einleiten.

Habitat III und die neue Stadtagenda – Ernährungsfragen spielen eine sichtbare Rolle

Tim Schneider

Angesichts zunehmender Verstädterung, wachsender Umweltprobleme und einer Verschlechterung der Lebensbedingungen vor allem der städtischen Bevölkerung berief die Generalversammlung der Vereinten Nationen 1976 in Vancouver (Kanada) einen Weltsiedlungsgipfel ein. Erstmals gab es auf globaler Ebene ein Abkommen, das gemeinsame Richtlinien in Bezug auf menschliches Wohnen in einem Dokument, der Vancouver Deklaration, festlegte. Diese fordert die UN-

Mitgliedsstaaten dazu auf, den Herausforderungen von Landrechtsverletzungen, Bevölkerungswachstum und Verstädterung, Infrastruktur, Grundversorgung und Zugang zu angemessener Unterkunft und Arbeit unter der Berücksichtigung marginalisierter Bevölkerungsgruppen zu begegnen. Der dritte „UN-Weltgipfel zu Wohnungswesen und nachhaltiger Stadtentwicklung“, auch als Habitat III bezeichnet, fand im Oktober 2016 mit 50.000 Teilnehmenden in Quito/Ecuador statt.

In Quito wurde eine „Neue Städtische Agenda“ beschlossen, die für alle Mitgliedsstaaten geltende Leitlinien zur nachhaltigen Stadtentwicklung vorgeben.

UN-Habitat – Was steckt hinter dahinter?

Der erste Weltsiedlungsgipfel in Vancouver hatte zur Folge, dass 1977 die Kommission und das Zentrum der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (United Nations Centre for Human Settlements, UNCHS), bekannt als Habitat, gegründet wurden. Die UN-Habitat Stiftung (UN Habitat and Human Settlements Foundation, UNHHSF) wurde dem Management von Habitat unterstellt. Diese drei Körperschaften bildeten den Grundstein für die heutige Ausgestaltung von UN-Habitat – dem Programm der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen. Das Programm arbeitet in 70 Ländern. Die 58 Mitglieder des leitenden Rates (Governing Council) werden direkt vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen berufen.

Zwei Dekaden später verabschiedete die Weltgemeinschaft beim zweiten Weltsiedlungsgipfel in Istanbul 1996 die Erklärung über menschliche Siedlungen, die als Habitat-Agenda bezeichnet und von allen 171 Mitgliedsstaaten unterzeichnet wurde. In ihr schlägt sich das seit dem Weltgipfel 1992 in Rio de Janeiro beschlossene Nachhaltigkeitsparadigma nieder. Die Agenda umfasst die beiden Hauptziele, angemessenen Wohnraum für alle Menschen zu schaffen und zur nachhaltigen Siedlungsentwicklung in einer zunehmend urbanisierten Welt beizutragen. Die Konferenz-Teilnehmer erkannten, dass eine partizipatorische und umfassende Politik zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Städten erforderlich ist und die Stadtverwaltungen den Prinzipien von Transparenz, Rechenschaftspflicht und Bürgerbeteiligung verpflichtet sind.

Habitat II wandte sich auch von der landläufigen Auffassung ab, dass es für die Probleme der wachsenden Städte keine Lösung gäbe. Vielmehr war die Istanbuler Konferenz bemüht, Erfahrungen und gute Praktiken zur Bewältigung der Herausforderungen aufgrund zunehmender Verstädterung aufzuzeigen. Außerdem wurde Wert darauf gelegt, globale Partnerschaften zum besseren Austausch auf nationaler, subnationaler und kommunaler Ebene zu fördern. Auch wurde der Prozess der Verstädterung erstmals nicht mehr nur als Hindernis, sondern auch als Chance für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung verstanden. Bis heute wird vor allem der menschenrechtsbasierte Ansatz der Habitat-Agenda gelobt. Kritisiert wird dagegen häufig die mangelnde Umsetzung und dass, auch in Deutschland, bis heute die zivilgesellschaftliche Beteiligung an der Umsetzung der Agenda zu kurz kam (UN-Habitat 2012; Forum Umwelt und Entwicklung 2015; Lexikon der Nachhaltigkeit 2015).

Im Folgeprozess des Habitat-Prozesses nach 1996 wurden Armutsbekämpfungsstrategien in die Agenda aufgenommen, das Mandat und die finanziellen Mittel erweitert und ein eigenes Sekretariat eingerichtet (UN-Habitat 2012). Außerdem kommen die Vertragsstaaten neben weiteren unregelmäßigen Treffen seit 2002 alle zwei Jahre zum World Urban Forum zusammen. Im Oktober 2016 fand – 20 Jahre nach Istanbul – turnusgemäß Habitat III statt: in Quito (Ecuador).



Der Slum Moghbazar in Dhaka, der Hauptstadt von Bangladesch, liegt direkt an der Bahnstrecke zwischen einem altem Flughafen und dem Bahnhof. Fast die Hälfte der Einwohner Dhakas lebt in Slums, zum Teil unter schwierigsten Bedingungen.

Die neue „Stadtagenda“ greift Aspekte der Ernährungssicherheit der wachsenden Stadtbevölkerung an vielen Stellen auf. Das ist begrüßenswert, steht doch weltweit die Versorgung der Stadtbevölkerungen mit ausreichender und gesunder Ernährung aktuell und zukünftig vor großen Herausforderungen und unterliegt starken Veränderungen. Die Verbindung von städtischen und ländlichen Räumen wird allerdings wenig thematisiert. Städtische Räume können jedoch nicht ohne ländliche, landwirtschaftlich geprägte Räume gedacht werden, denn es bestehen eine Vielzahl sozialer, ökologischer, ökonomischer und kultureller Zusammenhänge. (→ **Stadt-Land-Essen**) Prozesse der Supermarketerisierung im globalen Süden (→ **Supermärkte vs. informelle Städte**) und ein globaler Wandel der Konsummuster verändern die Ernährungssysteme enorm und belasten in Folge von Mangel- und Fehlernährung die Gesundheitssysteme. Die Agenda proklamiert an verschiedenen Stellen die Notwendigkeit von Ernährungssicherung und den Zugang zu angemessener und gesunder Ernährung,

bleibt aber zurückhaltend bei der Formulierung, wie dies erreicht werden soll. Hinweise auf eine angestrebte Integration von Ernährungs- und Agrarpolitik bleiben dabei vage. Die Vernachlässigung der Ernährungssysteme, der Hungerbekämpfung und des gesamten ländlichen Raumes hätte weitreichende Folgen für die urbanen Zentren, denn die familienbetriebene Landwirtschaft produziert weltweit etwa 80 Prozent der globalen Nahrungsmittel (FAO 2014b) und ernährt somit zu einem großen Teil auch die städtische Bevölkerung.

Eine neue Stadtagenda, die „lebenswerte Städte“ schaffen will, muss das Stadt-Land-Verhältnis neu definieren. Hier reicht die Thematisierung im Sinne möglicher Transport- und Lieferwege nicht aus. Perspektivisch muss es um integrierte und multizentrische Räume gehen, in denen sowohl die Infrastruktur als auch die Förderung der ländlichen Produktion eine wichtige Rolle spielen.

Erfreulich sind die in der Agenda zu findenden Bezüge zur Agenda 2030, der neuen Entwicklungsagenda:

- „Niemanden zurücklassen, indem ...
- Armut in allen ihren Formen und Dimensionen beendet wird, einschließlich extremer Armut;
 - gleiche Rechte und Möglichkeiten, sozio-ökonomische und kulturelle Diversität, die Integration des städtischen Raumes, die Steigerung des Lebenswertes, der Bildung, der Ernährungssicherheit, der Gesundheit und des Wohlbefindens gesteigert werden;
 - Epidemien wie Aids, Tuberkulose und Malaria beendet werden, Sicherheit erhöht wird und Diskriminierung und alle Formen von Gewalt beendet werden;
 - öffentliche Beteiligung den sicheren und gleichen Zugang für alle ermöglicht;
 - gleicher Zugang für alle zu physischer und sozialer Infrastruktur, sozialen Grunddiensten und zu angemessenem und erschwinglichem Wohnraum bereitgestellt wird.“ (UN Habitat III 2016a)

Jetzt kommt es darauf an, die Vision der Agenda umzusetzen, was allerdings dadurch erschwert wird, dass weder konkrete Ziele noch Kriterien, um den Erfolg zu überprüfen, entwickelt worden sind.



Quelle: WBGU 2016

Brot für die Welt-Partner zeigen, wie es geht



Nilo Schiavon erntet Pfirsiche. Er und seine Familie verkaufen über CAPA ihre Ernte. Regelmäßig bieten sie ihre Produkte auch auf dem Biomarkt in Pelotas/Südbrasilien an.

— Brasilien: Gesundes Essen für alle

Die Macht der Agrarkonzerne in Brasilien ist groß – und die Nutzung von Pestiziden damit weit verbreitet. Im Süden Brasiliens regt sich jedoch Widerstand: Centro de Apoio ao Pequeno Agricultor (CAPA), eine Partnerorganisation von Brot für die Welt, hat ein Netzwerk von Öko-Betrieben aufgebaut. Mittlerweile versorgen die Öko-Bäuerinnen und Bauern auch städtische Schulen und Kindergärten mit gesunden Lebensmitteln, denn seit 2009 gibt es in Brasilien ein Gesetz, wonach 30 Prozent der Lebensmittel für die öffentliche Schulspeisung aus der regionalen kleinbäuerlichen Landwirtschaft stammen müssen. Das katapultierte die Biolandwirtschaft aus der Nische heraus mitten in die Gesellschaft: Einerseits wird die lokale Landwirtschaft gefördert, da für die Kleinbauernfamilien die öffentliche Hand ein sicherer Abnehmer ist und sie unabhängig von den großen Agrarkonzernen mit ihrem teuren Saatgut und Düngemitteln macht. Andererseits wird über das Gesetz und Kooperativen wie CAPA die städtische Bevölkerung mit gesunden und giftfreien Lebensmitteln versorgt.

— Indien: Vom Land in die Stadt

Knapp 70 Prozent der Bauern, die in der Region Anantapur in Indien leben, sind von der Landwirtschaft abhängig und bewirtschaften Flächen mit weniger als zwei Hektar. Sie bauen zum Großteil Erdnüsse an, da die indische Regierung seit den siebziger Jahren lange Zeit ausschließlich den Anbau für den Markt bestimmter Pflanzen anstatt für die eigene Ernährungssicherheit vorantrieb. Die Folge: Die Kleinbauern sind abhängig von teurem Saatgut, passendem Dünger und Pestiziden. Obwohl sie selbst Landwirtschaft betreiben, ist ihr Hauptnahrungsmittel staatlich subventionierter Reis. Die Brot für die Welt-Partnerorganisation Timbaktu Collective (TC) unterstützt knapp 20.000 marginalisierte Familien

im Distrikt Anantapur. Sie fördert die Rückkehr der Bauern zur ökologischen Landwirtschaft und unterstützt die Familien bei der Gründung von Kooperativen, um sich für ihre eigenen Rechte einzusetzen und ihren Lebensunterhalt unabhängig von Agrarmultis zu sichern. In 40 indischen Städten verkaufen die Kooperativen ihre Bioprodukte bereits. Außerdem betreiben sie einen Online-shop und seit April 2015 auch einen Bioladen im südindischen Bangalore. Die Produkte sind weit bekannt und die Nachfrage nach Bioprodukten steigt im Schwellenland Indien stetig. Vom Verkauf profitieren nicht nur die Erzeuger auf dem Land, sondern auch die Konsumenten in der Stadt.



Um unabhängig von großen Agrarkonzernen produzieren zu können, fördern NGOs wie Timbaktu Collective in Indien Kleinbauern, schulen sie in ökologischen Anbautechniken und unterstützen sie mit dem Aufbau von eigenen Bioläden im Vertrieb.

— Togo: Lokal statt global

In Togos Hauptstadt Lomé ernähren sich immer mehr Menschen von importierten Billigwaren. Sie gelten als moderner und sind noch dazu billiger als lokal produzierte Lebensmittel. Die Brot für die Welt-Partnerorganisation Organisation pour l'Alimentation et le Développement Local (OADEL) informiert über die gesundheitlichen und sozialen Folgen der importierten Produkte und unterstützt Kleinbauernfamilien aus dem Umland bei der Vermarktung ihrer Produkte. Denn aufgrund von Subventionen in den USA oder in der EU werden in Togo importierte Produkte wie Speiseöl oder Reis zum halben Preis des lokalen Preises angeboten. In Lomé hat OADEL einen Bio-Laden eröffnet, in dem ausschließlich lokale Produkte verkauft werden. Durch Radiosendungen, Filme und Broschüren sowie bei Veranstaltungen in Schulen oder auf Messen klärt OADEL die Bevölkerung darüber auf, warum der Preisunterschied zwischen der importierten Billigware und den regionalen Bioprodukten gerechtfertigt ist: Weil in Togo fast alles in Handarbeit hergestellt wird, weil die Waren nicht vom Staat subventioniert werden und weil die Qualität oft höher ist.



Billig importierte Lebensmittel gefährden in Togo wie in vielen anderen Ländern die Existenz lokaler Bauern. OADEL vertreibt darum die Produkte lokaler Kleinbauern in einem eigenen Laden und klärt in Schulen und auf der Straße über die Vorteile der lokalen Lebensmittel auf: frisch, nicht verarbeitet, nährstoffreich.

Fazit

Die Versorgung der Bevölkerung in den Megastädten mit ausreichender und gesunder Ernährung ist eine Schlüsselfrage dieses Jahrhunderts. Können unter dem wachsenden Globalisierungsdruck Menschen in Stadt und Land noch frei wählen, wie sie sich ernähren? Ernährung in der Stadt funktioniert nicht ohne ländliche Landwirtschaft. Haben die ländlichen Erzeugerinnen und Erzeuger die Kontrolle darüber, was sie anbauen und verkaufen, oder sind sie abhängig von Saatgut und Düngemitteln multinationaler Konzerne und den Standards der Supermarktketten? Und welche Wahl haben die Verbraucherinnen und Verbraucher?

Wie diese Broschüre zeigt, gilt es bei der Frage, wie die wachsende Stadtbevölkerung ernährt werden kann, die Rolle der familienbetriebenen Landwirtschaft anzuerkennen. Diese Betriebe produzieren heute weltweit etwa 80 Prozent der globalen Nahrungsmittel und ernähren somit zu einem großen Teil auch die städtische Bevölkerung. Urbane Landwirtschaft allein wird den Hunger der Menschen in der Stadt nicht stillen können. Damit kleinbäuerliche Familienbetriebe für ihre regional angebauten frischen Lebensmittel Abnehmer finden, muss der Einfluss der großen Konzerne auf die gesamte Nahrungsmittelkette zurückgewiesen und bäuerliches Engagement gefördert werden. Verlässliche und faire Liefer- und Wertschöpfungsketten sind nötig, um die Nachfrage in den Städten und die Versorgung aus den ländlichen Regionen zu verbinden.

Für eine gesunde Ernährung der Menschen in der Stadt ist eine Vielfalt an Einkaufsmöglichkeiten wichtig. Über informelle Märkte versorgt sich besonders die arme städtische Bevölkerung mit frischen Produkten. Der Staat ist gefordert, mit Systemen sozialer Sicherheit ihr Recht auf ausgewogene Ernährung zu sichern. Das gilt besonders für Frauen, die in der Regel für die Ernährung ihrer Familien zuständig sind und in der Stadt mit der doppelten Herausforderung, mit Erwerbsarbeit Einkommen zu verdienen und ihre Familien ernähren zu können, konfrontiert sind.

Brot für die Welt setzt sich daher für folgende Verbesserungen ein:

— Armut, soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten zwischen städtischen und ländlichen Räumen müssen verringert und stabile regional verankerte Stadt-Land-Beziehungen etabliert werden. Voraussetzung dafür sind ländliche Räume, die attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen bieten.

— Der Dialog zwischen Stadt- und Landbevölkerung muss intensiviert werden; zivilgesellschaftliche Stimmen für zukunftsfähige Ernährungssysteme müssen in der Politik mehr Gehör finden. Landwirtschaft im städtischen Umland sollte in städtischen Entwicklungsplänen eine Aufwertung erfahren; hier bietet sich auch die

Integration von Land- und Abwassermanagement an. Wasserbewirtschaftung muss an den Rechten der verschiedenen Bevölkerungsgruppen ausgerichtet werden.

— Städtische Versorgungssysteme wie eine öffentlich zugängliche Lagerhaltung und hygienische Standards müssen gefördert werden ebenso wie lokale Märkte, Produktion und Handel, etwa durch das Bereitstellen von Mikrokrediten und anderen Finanzinstrumenten. Eine bessere ländliche Infrastruktur einschließlich des Zugangs zu sauberem Wasser, Kühlung und angepasster Verpackung sowie sichere Transportmittel und -wege sind notwendig, um Ernteverluste zu verhindern und

die Versorgung der Städte mit frischen Produkten zu gewährleisten.

— Die fortschreitende „Supermarketisierung“ muss aufgehalten werden. Der Erhalt von Stadtteilmärkten ist ein wichtiger Baustein im Kampf gegen Armut, Hunger und Mangelernährung und trägt zu einem vielfältigen Angebot und zur Einkommenssicherheit von bäuerlichen Familienbetrieben bei.

— Soziale Sicherung schließt Ernährungssicherheit ein. Politischer Gestaltungsspielraum sollte genutzt werden, um eine positive Rückkopplung zwischen Versorgung in der Stadt und ernährungssicherndem Einkommen auf dem Land zu bewirken.

— Anstrengungen, die zur Gendergerechtigkeit beitragen, die aktive Rolle von Frauen für die Versorgung ihrer Familien würdigen und ihnen Schutzräume garantieren, müssen sichtbarer auf die politische Agenda.

— Notwendige Klimap Anpassungen in der Stadt müssen nachhaltig sein und mit den Interessen von informell Siedelnden in Einklang stehen. Stadtverwaltungen haben die Aufgabe, ihre Bürgerinnen und Bürger gleichberechtigt in Wirtschafts- und soziale Sicherheitssysteme zu integrieren und ihnen Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung zu garantieren. Nur so kann die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich und Stadt und Land überwunden werden.



Vielfältiges Angebot an Backwaren in der Stadt Pelotas/Brasilien

Literatur

Agrar-Europe Bonn (2016): Nr. 21 vom 23. Mai 2016

Barclay, Eliza (2013): Rooftop Farming is getting off the Ground. Veröffentlicht unter: <http://www.npr.org/sections/thesalt/2013/09/24/225745012/why-aren-t-there-more-rooftop-farms>, 3.9.2016

Buntzel, Rudolf/Francisco Marí (2015): Gutes Essen – arme Erzeuger: Wie die Agrarwirtschaft mit Standards die Nahrungsmärkte beherrscht, München: oekom

CFS (2016): Urbanization and Rural Transformation Implications for Food Security and Nutrition – draft Background Paper to CFS 43 Forum Discussion. Veröffentlicht unter: <http://www.csm4cfs.org/wp-content/uploads/2016/02/UrbRurZeroDraft.pdf>, 3.9.2016

Cohen, Marc J./James L. Garrett (2009): The food price crisis and urban food (in)security, Human Settlements Group, International Institute for Environment and Development (IIED). Veröffentlicht unter: <http://www.iied.org/pubs/display.php?o=10574IIED>, 3.9.2016

De Schutter, Olivier (2014): The Power of Procurement: Public Purchasing in the Service of Realizing the Right to Food. Briefing Note 8. April 2014. Veröffentlicht unter: <http://www.srfood.org/es/the-power-of-procurement-public-purchasing-in-the-service-of-realizing-the-right-to-food>, 3.9.2016

Dobbs, R. et al. (2014): Overcoming Obesity: an Initial Economic Analysis. McKinsey Global Institute Discussion Paper.

Dobson, Skye/Hellen Nyamweru/David Dodman (2015): Local and participatory approaches to building resilience in informal settlements in Uganda, in: Environment & Urbanization 2015, Vol 27, S. 1-15, 3.9.2016. Veröffentlicht unter: <http://eau.sagepub.com/content/early/2015/08/19/0956247815598520.full.pdf>, 3.9.2016

FAO (2016a): Urban agriculture: Key facts. Veröffentlicht unter: <http://www.fao.org/urban-agriculture/en/>, 3.9.2016

FAO/International Sustainability Unit (ISU) (2015a): Food in an urbanized World: The Role of City Region Food Systems in Resilience and Sustainable Development. Veröffentlicht unter: <http://www.fao.org/fileadmin/templates/agphome/documents/horticulture/crfs/foodurbanized.pdf>, 3.9.2016

FAO (2015b): Cities of despair – or opportunity? Veröffentlicht unter: <http://www.fao.org/ag/agp/greenercities/en/whyuph/>, 3.9.2016

FAO (2014a): City region food systems – Sustainable Food Systems and Urbanization - An overview; Rom. Veröffentlicht unter: http://www.fao.org/fileadmin/templates/FCIT/documents/City_Region_Food_Systems_and_Sustainable_Urbanization_an_overview.pdf, 3.9.2016

FAO (2014b): The State of Food and Agriculture: Innovation in family farming. Rom. Veröffentlicht unter: <http://www.fao.org/3/a-i4040e.pdf>, 3.9.2016

FAO (2014c): Food and Nutrition in Numbers. Veröffentlicht unter: <http://www.fao.org/3/a-i4175e.pdf>, 3.9.2016

FAO (2011): Looking Ahead in World Food and Agriculture – Perspectives to 2050

FAO (2009): Food for the Cities. Veröffentlicht unter: <ftp://ftp.fao.org/docrep/fao/012/ak824e/ak824e00.pdf>, 3.9.2016

Fink, Günter/Kenneth Hill (2013): Urbanization and Child Mortality – Evidence from the Demographic and Health Surveys, Harvard School of Health. Veröffentlicht unter: <http://globalhealth2035.org/sites/default/files/working-papers/urbanization-and-child-mortality.pdf>, 3.9.2016

Forum Umwelt und Entwicklung (2015): Gute Stadt – Böse Stadt: Landromantik vs. Stadt für alle. Rundbrief 04/2015. Veröffentlicht unter: http://www.forumue.de/wp-content/uploads/2016/01/Rundbrief_Forum-Umwelt-und-Entwicklung_IV-2015-2.pdf, 3.9.2016

Gentilini, Ugo (2015): Entering the City. Emerging Evidence and Practice with Safety Nets in Urban Areas, World Bank, Washington 2015

Hettiarachchi, Hiroshan/Reza Ardakanian (Hrsg.) (2016): Safe Use of Wastewater in Agriculture: Good Practice Examples, UNO-FLORES. Veröffentlicht unter: <http://unu.edu/media-relations/releases/unu-flores-publishes-good-practice-examples-for-the-safe-use-of-wastewater-in-agriculture.html#info>, 3.9.2016

HLPE (The High Level Panel of Experts) (2015): “Water for food security and nutrition”. Veröffentlicht unter: <http://www.fao.org/3/a-av045e.pdf>, 3.9.2016

Hopkins, Emma/Francesca Bastagli/Jessica Hagen-Zanker (2016): Internal migrants and social protection: a review of eligibility and take-up, ODI Working Paper 436, London 4/2016

IINAS (2015): Urban Food Systems and Global Sustainable Land Use. GLOBALANDS Issue Paper. DRAFT VERSION. Veröffentlicht unter: <http://www.fao.org/3/a-av045e.pdf>, 3.9.2016

ILO (2014): World Social Protection Report 2014/2015. Building economic recovery, inclusive development and social justice, Genf

IOM (2015): Women on the Move: A Look at Migration, Women and Cities. Veröffentlicht unter: <https://weblog.iom.int/women-move-look-migration-women-and-cities>, 3.9.2016

Kishimoto, Satoko/Emanuele Lobina/Olivier Petitjean (Hrsg.) (2015): Our public water future: The global experience with remunicipalisation. Amsterdam. Veröffentlicht unter: http://municipalservicesproject.org/sites/municipalservicesproject.org/files/publications/Kishimoto-Lobina-Petitjean-Our-Public-Water-Future-Global-Experience-Remunicipalisation_April2015_FINAL.pdf, 3.9.2016

Kruchem, Thomas (2015): Gesund durch Fertigessen, in: Weltsichten 12/2015 / 01/2016, S. 38ff.

Lexikon der Nachhaltigkeit (2015): HABITAT, Vancouver 1976 / HABITAT II, Istanbul 1996. Veröffentlicht unter: https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/habitat_konferenz_vancouver_1976_770.htm, 3.9.2016

MISEREOR (2016): Positionspapier zum 3. UN-Weltgipfel zu Wohnungswesen und nachhaltiger Stadtentwicklung (Habitat III): Klimapolitik in Städten ohne Vertreibungen – Für eine Verankerung menschenrechtlicher Grundsätze in der städtischen Agenda

Mohiddin, Lili/Laura Phelps/Tamsin Walter (2012): Urban malnutrition: a review of food security and nutrition among the urban poor, International Public Nutrition Resource Group (Nutrition Works), UK

Monteiro, Carlos A./Geoffrey Cannon (2012): The Impact of Transnational “Big Food” Companies on the South: A View from Brazil, in: PLoS Med 9(7), S.4, e1001252. Veröffentlicht unter: doi:10.1371/journal.pmed.1001252 (pdf), 3.9.2016

Pollan, Michael (2009): Lebens-Mittel: Eine Verteidigung gegen die industrielle Nahrung und den Diätenwahn, München: Goldmann

RUAF (2013): WP3 Synthesis report: Innovative experiences with (peri-)urban agriculture and urban food provisioning –Lessons to be learned from the global South; Supurbfood.

Sankaran, Kamala/Roopa Madhav (2011): Gender Equality and Social Dialogue in India, Industrial and Employment Relations Department and Bureau for Gender Equality, International Labour Office, ILO Working Paper, Genf. Veröffentlicht unter: <http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/dgreports/gender/documents/publication/wcms150428.pdf>, 3.9.2016

Schauber, Almuth (2015): Städte müssen arme Bevölkerung in die Stadtentwicklung einbeziehen, in: Forum Umwelt und Entwicklung, 4/2015, S. 22-23

Schauber, Almuth (2014): Hell und Dunkel – Bürger und unsichtbare Städter, in: Bündnis Entwicklung hilft (Hrsg.): Weltrisikobericht 2014, S. 18-24.

Stuckler, David/Marion Nestle M. (2012) Big Food, Food Systems, and Global Health, in: PLoS Med 9(6)e1001242. Veröffentlicht unter: doi:10.1371/journal.pmed.1001242, 3.9.2016

Swensson, Luana F. J. (2015): Institutional Procurement of Food from Smallholder Farmers. The Case of Brazil, FAO, Rome 2015

Tacoli, Cecilia (2012): Urbanization, gender and urban poverty: paid work and unpaid carework in the city, UNFPA, working paper 7, International Institute for Environment and Development (IIED)

Tawodzera, Godfrey (2013): Rural-Urban Transfers and Household Food Security in Harare’s Crisis Context; in: Journal of Food and Nutritional Disorders, 2:5. Veröffentlicht unter: <http://dx.doi.org/10.4172/2324-9323.1000128>, 3.9.2016

UN (2015): World Water Development Report 2015, Water in a Sustainable World

UN (2012): Millenium Development Report. Veröffentlicht unter: www.un.org/millenniumgoals/pdf/MDG_Report_2012.pdf, 3.9.2016

UN Population Division 2014: World Urbanization Prospects: The 2014 Revision. Veröffentlicht unter: <http://esa.un.org/unpd/wup/CD-ROM/>, 3.9.2016

UNAIDS (2014): The Cities Report. Veröffentlicht unter: http://www.unaids.org/sites/default/files/media_asset/JC2687_TheCitiesReport_en.pdf, 3.9.2016

UNAIDS/UN HABITAT (2015): Ending the AIDS Epidemic: The Advantage of Cities. Veröffentlicht unter: <http://www.aidsdatahub.org/ending-aids-epidemic-advantage-cities-unaid-and-un-habitat-2015>, 3.9.2016

UNFPA (2007): State of the World Population: Unleashing the Potential of Urban Growth, United Nations Population Fund, New York

UN Habitat III (2016a): Habitat III: The New Urban Agenda. Veröffentlicht unter: <https://habitat3.org/the-new-urban-agenda>, 9.11.2016

UN Habitat III (2016b): The Process. Veröffentlicht unter: <https://www.habitat3.org/>, 3.9.2016

UN Habitat (2012): History, mandate & role in the UN system. Veröffentlicht unter: <http://unhabitat.org/about-us>, 3.9.2016

UNICEF/WHO/World Bank (2013): Joint Child Malnutrition Estimates, Levels & Trends in Child Malnutrition. Veröffentlicht unter: http://www.who.int/nutgrowthdb/summary_jme_2013.pdf?ua=1, 3.9.2016

Waskow, Frank/Regine Rehaag (2011): Globaler Ernährungswandel zwischen Hunger und Übergewicht. Veröffentlicht unter: https://www.researchgate.net/publication/251414603_Globaler_Ernahrungswandel_zwischen_Hunger_und_Ubergewicht, 3.9.2016

WBGU (2016): Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte, Hauptgutachten, Ein Beitrag zu Habitat III, Berlin

WFP (2015): Summary Report of the Strategic Evaluation of WFP’s Pilot Purchase for Progress Initiative, Rom

WIEGO (Women in informal employment globalizing and organizing) (2011): Urban Employment in India.

WHO (2015): Factsheet Noncommunicable diseases. Veröffentlicht unter: <http://www.who.int/mediacentre/factsheets/fs355/en/>, 3.9.2016

WHO (2014): Global Status Report on noncommunicable diseases. Veröffentlicht unter: http://apps.who.int/iris/bitstr am/10665/148114/1/9789241564854_eng.pdf, 3.9.2016

WHO/UN Habitat (2016): Global Report on Urban Health; Equitable, Healthier Cities for Sustainable Development. Veröffentlicht unter: <http://unhabitat.org/books/global-report-on-urban-health-equitable-healthier-cities-for-sustainable-development/>, 3.9.2016

Women Watch (o. J.): Gender Equality and Sustainable Urbanisation, Fact Sheet. Veröffentlicht unter: <http://www.un.org/womenwatch/feature/urban/factsheet.html>, 3.9.2016

World Bank (2007): Dhaka: Improving Living Conditions for the Urban Poor, Bangladesh Development Series Paper No. 17, The World Bank Office, Dhaka



Impressum

Herausgeber
Brot für die Welt –
Evangelischer Entwicklungsdienst
Evangelisches Werk für Diakonie und
Entwicklung e.V.

Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Telefon +49 30 65211 0
Fax +49 30 65211 3333
info@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de

Autoren Astrid Berner-Rodoreda, Mareike Haase,
Francisco Mari, Andrea Müller-Frank,
Carsta Neuenroth, Biraj Patnaik, Tim Schneider,
Luise Steinwachs, Stig Tanzmann, Bernhard Walter,
Nicola Wiebe, Cornelia Wilß, Eike Zaumseil
Redaktion Maike Lukow, Luise Steinwachs,
Cornelia Wilß
V.i.S.d.P. Klaus Seitz
Layout Katja Tränkner – WriteNow
Fotos Pierre Bessard/laif (S. 14); Jörg Böhling (Titel, S. 9, 17, 30, 41);
Karin Desmarowitz (S. 39); Jens Grossmann (S. 37);
Malte Jaeger/laif (S. 18); Florian Kopp (S. 40 oben, 43);
Christof Krackhardt (S. 13, 16, 40 unten); Thomas Lohnes (S. 23, 29,
32, 34); Christoph Püschner (S. 2, 5, 6, 11, 15, 20, 21, 26, 47);
Frank Schultze (S. 27); Adriana Zehbrauskas/laif (S. 22)
Art. Nr. 129 502 450
Bildbearbeitung Rüdiger Breidert – tridix
Druck die Umweltdruckerei GmbH, Hannover

Spenden
Brot für die Welt –
Evangelischer Entwicklungsdienst
IBAN DE10 1006 1006 0500 5005 00
Bank für Kirche und Diakonie
BIC GENODED1KDB

Berlin, November 2016

**Brot für die Welt -
Evangelischer
Entwicklungsdienst**

Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Telefon +49 30 65211 0
Fax +49 30 65211 3333
info@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de